

# ***ENERGIE- INFO***

**Berichte und Nachrichten aus dem Energiebereich**

Liebe Leserinnen und Leser,

unglaublich, aber wahr! Die Energie-Info befindet sich im 22. Jahr ihres Erscheinens. Wenn ich mir so die ersten Ausgaben anschau.....“Info, wie hast du dir verändert!“

Wer Veränderungen vorschlagen möchte oder Kritik und / oder Anregungen hat: Meinungen bitte an meine Email-Adresse (siehe S.4).

Michael Carl

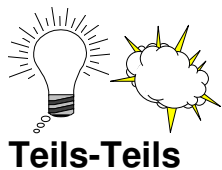
Redaktionsschluss: 30.04.2009

## Inhaltsverzeichnis

Einführung .....	4
Literaturhinweise .....	4



Cochem-Zell Energie-Kommune des Monats März.....	5
Eifel: Unterwegs in Energie-Zukunft.....	5
Nahwärme in Morbach.....	6
Die Energiekommune: Nachhaltig in die Zukunft.....	7
Mein Dorf, mein Holz.....	8
CO <sub>2</sub> -freier Supermarkt in Bleialf.....	9
Kreistag bringt Energieagentur auf den Weg.....	11
Richter stoppen Müllgebühren-Unsinn.....	11
Keine längeren Laufzeiten für AKWs.....	12
Klimaschutz: „Es geht auch ohne Atomenergie.“.....	12
Deutsche drosseln Verbrauch.....	15
Jede dritte Kilowattstunde wird grün.....	15
Blockheizkraftwerk ist private Firma.....	17
Umweltschutz schafft Jobs wie nie.....	17
Bistum Mainz setzt auf Naturstrom.....	19
„Irena“ bringt neue Energien voran.....	20



Resolution: „Eckpunkte zur Kommunalwahl 2009 in RLP“.....	21
Energie-Portal.....	24
Energieeinsparverordnung.....	24
Heizkostenabrechnung: Neue Verordnung.....	26
Solkraftwerk Kobern-Gondorf: neuer Eigner.....	27
Umstrittenes Windrad bleibt abgeschaltet.....	28
Windenergie: USA stoßen Deutschland vom Thron.....	28
Neue Klimastudie erhöht Druck auf die USA.....	29
Preisgleitklauseln bei Gas unwirksam.....	31



**Schlechte  
Nachrichten**

Münchner Rück drängt auf Klimaschutzpolitik.....	32
Gletscher schmelzen in hohem Tempo weiter.....	33
Hubraum und CO <sub>2</sub> bestimmen Kfz-Steuer.....	34
Lobbyismus beim Emissionshandel.....	35
SGD Süd ignoriert weiterhin Umweltprobleme.....	37
Großkraftwerk Mannheim: Antrag auf früheren Baubeginn.....	37
Fernwärme Speyer: Es gibt moderne Alternativen.....	38
Vorentscheidung für Kohlekraftwerk.....	39
Mainzer Kohlestreit: Stadtrat klagt.....	40
Auseinandersetzung um Kohlekraftwerk geht vor Gericht.....	40
Kohlekraftwerk Mainz: Behörde genehmigt Bau.....	41
Mehr Strom und weniger Kohlendioxid.....	42
Zweifelhafte Messungen.....	43
Steuerzahler muss für Asse aufkommen.....	43
Biblis Block A wegen Revision abgeschaltet.....	44
Atommüll: grünes Licht für Verglasung.....	44
Atommüll soll nach Lothringen kommen.....	44
Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub.....	44

## Einführung

Die Energie-Info, herausgegeben vom Arbeitskreis Energie im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Rheinland-Pfalz, versucht, in für die Umwelt gute und schlechte Nachrichten zu unterteilen. Dies ist natürlich nicht immer möglich, so dass stets auch einige Seiten neutraler Informationen enthalten sind.

Für Mitarbeiter an der Info:

Der Redaktionsschluss für die vier Ausgaben pro Jahr:

15.1., 15.4., 15.7., 15.10. jeden Jahres.

Meine Adresse:

Michael Carl, Höhenweg 15, 56335 Neuhäusel

Tel.: 02620/8416; Fax: 02620/950805; E-Mail: [michael.carl@t-online.de](mailto:michael.carl@t-online.de)

Mein Dank gilt an dieser Stelle denjenigen Mitgliedern des AK Energie, die mir freundlicherweise Material zukommen ließen, das ich zum Teil für diese Ausgabe der Info verwertet habe.

## Literaturhinweise

Die Bücher, Broschüren und Faltblätter sind bei der Landesgeschäftsstelle in Mainz erhältlich.

- „Positive Anlagen in Rheinland- Pfalz. - Sinnvolle Energieverwendung in bestehenden Anlagen“; Preis: 2,60 €.
- „Vorbild Kommune - Zukunftsfähige Energienutzung; Wo Zukunft schon begonnen hat: Rheinland-Pfälzer zeigen wie's geht“; Preis 2,70 €.
- Faltblätter
  - Solarstrom - Grundlagen
  - Energiewende jetzt/Arbeitsplätze
  - Energiesparen beim Heizen
  - Der Gasherd
  - Regeln zum richtigen Lüften
  - Wärmepumpe
  - Energie sparend Auto fahren
  - Warmwasserbereitung
  - Off. Kamine/Schornsteinfeger
  - Holznutzung
  - Contracting
  - Wechsel des Stromlieferanten
  - Energie sparen
  - Erneuerbare Energien-Gesetz
  - Antriebsalternativen (Auto)
  - Energiesparlampen
- Thesenpapiere:
  - Thesen Windenergienutzung
  - Wasserkraftnutzung in Klein- und Kleinstwasserkraftanlagen
  - Nutzung von Biomassen
  - Thesen Fotovoltaiknutzung
  - Thesen Geothermienutzung

## **Cochem-Zell Energie-Kommune des Monats März**

Der Landkreis Cochem-Zell ist der erste Landkreis in Rheinland-Pfalz, der seinen Strombedarf bereits heute zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien deckt. Cochem-Zell wurde jetzt von der Agentur für Erneuerbare Energien zur „Kommune des Monats“ März ernannt.

“Die Auszeichnung ist eine weitere Anerkennung für das große Engagement des Kreises beim Klimaschutz und dem Ausbau einer nachhaltigen und sicheren Energieversorgung in Rheinland-Pfalz“, gratulierte Umweltministerin Margit Conrad.

Mit einem Energiemix aus Sonne, Wind, Biomasse und Wasserkraft erzeugt der Landkreis Cochem-Zell schon heute mehr Strom, als er pro Jahr verbraucht. 33 Windkraftanlagen, 12 Biomasseanlagen, 291 Fotovoltaikanlagen sowie 3 Wasserkraftwerke produzieren zusammen einen Überschuss an Strom. Der jährliche Stromverbrauch im Kreis Cochem-Zell liegt bei rund 335 Millionen kWh. Dem gegenüber steht eine Stromerzeugung aus regenerativen Energien von rund 336 Millionen kWh pro Jahr.

Bereits im November hatte der Kreistag darüber hinaus beschlossen, Cochem-Zell zu einem „Null-Emissions-Landkreis“ zu entwickeln. Durch die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und Maßnahmen zur Energieeinsparung sollen nicht vermeidbare Emissionen ausgeglichen werden. Von Beginn an beteiligte sich der Landkreis auch an der landesweiten Aufklärungsinitiative „Unser Ener“ des rheinland-pfälzischen Umweltministeriums. Ebenso beteiligt sich Cochem-Zell an dem einmal jährlich stattfindenden „Unser-Ener-Aktionstag“.

Die Agentur für Erneuerbare Energien zeichnet einmal im Monat deutschlandweit eine Kommune aus, die auf dem Gebiet Erneuerbare Energien beispielhaft ist. Die Agentur wird getragen von Unternehmen und Verbänden aus der Branche der Erneuerbaren Energien und durch das Bundesumwelt- sowie das -landwirtschaftsministerium unterstützt. Sie betreibt die bundesweite Informationskampagne „deutschland hat unendlich viel energie“, die unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Klaus Töpfer steht.

Zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund betreibt die Agentur das Internetportal [www.kommunal-erneuerbar.de](http://www.kommunal-erneuerbar.de) und [www.cochem-zell.de](http://www.cochem-zell.de) .

Pressedienst des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz vom 6.3.09

## **Eifel: Unterwegs in die Energie-Zukunft**

In einem bundesweiten Wettbewerb hat sich die Eifel gegen rund 200 Mitbewerber durchgesetzt und ist nun eine von 25 Modellregionen, die vom Bund 400.000 Euro erhalten. Die sollen investiert werden, um neue Wege in der Nutzung alternativer Energien zu erkunden.



Wälder, Felder, Sonne, Wind. Die Eifel könnte sich selbst mit Energie versorgen. Sie könnte sich unabhängig machen von den schrumpfenden Öl- oder Gasreserven und einen Weg beschreiten, der gleichzeitig das Klima schont und dafür sorgt, dass mehr Geld in der Region bleibt.

Ein Potenzial, das die Politiker des Eifelkreises Bitburg-Prüm, des Vulkaneifelkreises und des nordrhein-westfälischen Teils der Eifel erkannt haben. Gemeinsam haben sie sich mit einem Konzept beim Bundeswettbewerb "Bioenergie-Regionen" beworben - und sie haben gewonnen. Etwas, das angesichts der Teilnahme von 210 deutschen Regionen keineswegs selbstverständlich war. Die 25 Gewinner, zu denen nun auch die "Bioenergieregion Eifel" zählt, werden in den kommenden drei Jahren vom Bund jeweils 400.000 Euro erhalten. Geld, das laut Rainer Wirtz von der Kreisverwaltung Bitburg-Prüm dazu genutzt werden soll, Modellprojekte anzustoßen: Das können Nahwärmenetze für Biogas-Anlagen sein oder auch Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden, an deren Gewinn Bürger über sogenannte "Solarfonds" beteiligt werden. Gerade solche Modelle hält der Dauner Landrat Heinz Onnertz für wichtig, weil sie den Bürgern die Chance geben, am wirtschaftlichen Erfolg der Energieregion teilzuhaben. "Wir haben hier ein riesiges Potenzial", sagt Wirtz. Besonders sei an dem Projekt, dass auch regionale Fachleute aus Land- oder Forstwirtschaft mit eingebunden wurden.

"Wir sind sehr stolz darauf, dass wir zu den 25 Modellregionen gehören", sagt der Bitburg-Prümer Landrat Roger Graef, der wie sein Kollege aus Daun betont, dass sich die gute Kooperation der Eifelkreise dies- und jenseits der Landesgrenze wieder einmal bewährt habe. Haben doch dieselben Beteiligten bereits mit der Entwicklung der Regionalmarke Eifel Erfolge gezielt, die deutschlandweit als vorbildlich gehandelt wird.

Trier. Volksfreund vom 7.3.09

## **Nahwärme in Morbach**

Das Interesse der Morbacher an einer Nahwärme-Versorgung ist groß. Rund 200 Bürger besuchten die erste Info-Veranstaltung über das Vorhaben der Gemeinde, kommunale Einrichtungen und Privathaushalte mit Wärme aus Hackschnitzeln zu versorgen.

Bürgermeister Gregor Eibes erlebte am Dienstagabend eine Einwohner-Fragestunde der besonderen Art. Das Interesse der Bürger war groß. Nach der Vorstellung von ersten Einzelheiten für das geplante Nahwärmenetz in der Gemeinde Morbach machten viele der rund 200 Besucher von der Möglichkeit Gebrauch, teilweise sehr detaillierte Fragen zu stellen.

**Das Vorhaben:** Ähnlich wie bei der Wasser- und Abwasserversorgung will die Gemeinde Morbach künftig kommunale Einrichtungen, Firmen und Privathaushalte mit Nahwärme versorgen. Die ersten Schritte werden im Ortsbezirk Morbach unternommen. Ein Blockheizkraftwerk im Bischofsdhroner Gewerbegebiet soll die Wärme bereit-



stellen. In unterirdischen Rohren wird 90 Grad heißes Wasser zu den Abnehmern transportiert. In einem ersten Schritt sollen bei einem 3900 Meter langen Leitungsnetz Einrichtungen wie Altenheime, Kindergarten und Schulen angeschlossen werden. In einem zweiten Bauabschnitt kommen Morbacher Haushalte und Firmen hinzu.

**Die Gründe:** Wird mit Nahwärme aus heimischen Hackschnitzeln geheizt, bleibt die regionale Wertschöpfung in der Region. Allein aus den 3000 Hektar Gemeindewald können 15.000 Schüttraummeter Hackschnitzel zur Verfügung gestellt werden. Damit können laut Eibes zwei Millionen Liter Heizöl gespart werden.

**Die Struktur:** Betrieben wird das Nahwärmenetz von einer GmbH. Die Gewinne können dem Wärmepreis zugute kommen. Einziger Gesellschafter ist die Gemeinde Morbach.

**Die Kosten:** Im ersten Bauabschnitt rechnet Eibes mit einer Investitionssumme von sieben Millionen Euro. Der kommunale Anteil soll sich auf drei Millionen Euro belaufen. Für die ersten fünf Jahre soll ein Arbeitspreis von 7,5 Cent pro Kilowattstunde festgeschrieben werden. Hinzu kommt eine Grundgebühr von 15 Euro pro Kilowatt. Für den erstmaligen Anschluss werden 5000 Euro fällig. Zudem müssen Hausbesitzer mit Umbauarbeiten in einer Größenordnung von 2000 Euro rechnen. Davon gehen noch Zuschüsse ab. Eibes belegte mit einer Rechnung über 20 Jahre hinweg, dass sich die Umrüstung bei einer 20 Kilowatt-Ölheizung und einem Ölpreis von 46 Cent bereits rechne. Deutliche Einsparungen gibt es bei einem steigenden Ölpreis und moderaten energetischen Sanierungsmaßnahmen.

**Der Zeitraum:** Baubeginn ist bereits für Mitte des Jahres vorgesehen. Bis zum Winter 2010 sollen die kommunalen Einrichtungen und die ersten Privathaushalte mit Wärme versorgt werden können.

**Die Vorgehensweise:** Die Dimension des Leitungsnetzes muss am Anfang festgelegt werden. Deshalb sind die Planer darauf angewiesen, früh zu wissen, wer angeschlossen werden möchte. Interessenten sollten jetzt ihr Interesse bekunden. Um den Bedarf abzuschätzen, bittet die Gemeinde, Erhebungsbögen auszufüllen.

Trierischer Volksfreund vom 19.3.09

## **Die Energiekommune: Nachhaltig in die Zukunft**

Von oben sieht man ihr das Besondere noch gar nicht an. Eine rheinland-pfälzische Verbandsgemeinde wie viele andere auch. 49 Dörfer, 3000 Häuser, 10.000 Einwohner. Doch eines störte die Bewohner der Eifler Verbandsgemeinde Neuerburg. Jedes Jahr verbrauchten sie mehr als 30 Millionen Kilowatt Strom – schmutzigen Strom. Doch Neuerburg wäre nicht Neuerburg, wenn seine Bürger nicht den Ehrgeiz hätten, dem Namen alle Ehre zu machen und einiges zu erneuern.



Der Ruf nach Veränderung wurde immer lauter, bis in der Verwaltung ein Nachhaltigkeitsteam gebildet wurde, um die Energiezukunft der Verbandsgemeinde in die Hand zu nehmen: Die gesamte konventionelle Stromversorgung sollte durch umweltfreundliche, regenerative Energien zu ersetzt werden. ‚Einer für alle, alle für Einen‘ - mit dieser Devise stand das Nachhaltigkeitsteam die Ochsentour durch, die jetzt vor ihnen lag: Über die Parteigrenzen hinweg Politiker überzeugen, unzählige Arbeitsgruppen mit Bürgern, alles nur, um ein einziges Ziel zu verwirklichen: Die gesamte Verbandsgemeinde auf Ökostrom umzustellen.

In einem Nachhaltigkeitsbericht, dem ersten in Rheinland-Pfalz, erfassten sie alle wirtschaftliche Daten, die man braucht, um Energie zu sparen. Und sie formulieren ein Handlungsprogramm mit den vordringlichsten Zielen: die Förderung erneuerbarer Energien, die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze bis hin zur Beratung in Baufragen. Realisieren kann man solche Ziele natürliche nur, wenn alle Bürger mitspielen: Es ist ein Geben und ein Nehmen.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen: allein 4 Biogasanlagen produzieren fast ein Viertel des gesamten Strombedarfs der Verbandsgemeinde. Die Abwärme der Biogasanlage wird zu 100 % für die Herstellung von Pellets genutzt. Und die befeuern eine riesige Pelletheizung im nahegelegenen Staatlichen Gymnasium in Neuerburg. Mit dem überraschenden Ergebnis, dass nach der energetischen Sanierung der meisten Gymnasiumsgebäude, jetzt sogar noch mehr Gebäude geheizt werden können. Ein Beispiel dafür, wie hier immer wieder über gemeinsame Energienutzung nachgedacht wird.

Aber auch die Bürger gestalten vorbildlich mit: schon 59 PV-Anlagen machen Strom aus Sonnenlicht. Dieser Strom kann sogar im nahe liegenden speziellen Pumpspeicherwerk Vianden gespeichert werden. Wie auch der von den 35 Windrädern, die sich in der Verbandsgemeinde drehen. Heute hat die Verbandsgemeinde Neuerburg immer noch 49 Dörfer, 3000 Häuser und 10.000 Einwohner. Doch den Strom, den sie jetzt verbrauchen, machen sie zu 100 % selbst. Und das umweltfreundlich, aus regenerativen Energien. Sie produzieren sogar ein Drittel mehr als sie brauchen.

<http://www.swr.de/im-gruenen-rp> vom 10.2.09

## **Mein Dorf, mein Holz**

Unabhängige Eifeldörfer. Sie sind das Ziel eines Netzwerkes aus Fachleuten, das sich ernsthaft Gedanken darüber macht, wie man Energie vor Ort erzeugen und nutzen könnte statt sie von weither einzukaufen.

Bitburg. Der Name klingt abstrakt und die Ziele zunächst auch - so wie fast immer, wenn "regionale Akteure ihre Kompetenzen bündeln". Und dennoch könnte das, was das "Netzwerk Nahwärme und Energiemix" zurzeit im stillen Kämmerlein plant, die Eifel nachhaltig verändern. Denn diesem Netzwerk geht es um nichts Geringeres als darum,





die Eifeldörfer unabhängig zu machen. Statt bei großen Energiekonzernen einzukaufen, sollen sie sich, so die Vision, künftig selbst mit Strom und Wärme versorgen können. Mehr als nur ein positiver Nebeneffekt davon wäre, dass dies auch die lokale Wirtschaft stärken und das Klima schützen würde.

Auf Initiative von Wirtschaftsminister Hendrik Hering wurde das Projekt beim Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) in der Eifel angesiedelt, weil es dort ohnehin bereits eine Arbeitsgruppe gibt, die sich auf das Thema Nachwachsende Rohstoffe spezialisiert hat. Mitglieder des Netzwerks, das sich zunächst auf den Eifelkreis Bitburg-Prüm und den Vulkaneifelkreis konzentriert, sind Fachleute aus ganz verschiedenen Bereichen: Forst- und Landwirtschaft, Solarenergie, Windkraft...

Die Gründungssitzung war im September 2008. Es wurden Ziele vereinbart und grob festgelegt, was es zu tun gibt. Ein wichtiges Thema sei die Rohstofflogistik, sagt Jörg Savelkouls vom DLR. Müsse doch erst einmal geklärt werden, wo das Holz oder die Biomasse herkommen sollen, mit denen man vor Ort Strom oder Wärme erzeugen will. Bei der dritten Sitzung des Netzwerkes am Mittwochabend haben daher auch Themen wie "Holzmobilisierung aus dem Privatwald" und "Waldflurbereinigung" eine wichtige Rolle gespielt.

Zudem müsse die Idee erst einmal in den Köpfen der Menschen ankommen - vor allem in denen, die zu entscheiden haben. Daher hat sich die Arbeitsgruppe "Schulung von Kommunalvertretern" Gedanken darüber gemacht, wie man Lokalpolitiker nach den Wahlen möglichst schnell dazu bringt, kommunale Gebäude mit Solaranlagen zu bestücken oder Neubaugebiete so zu planen, dass die benötigte Energie vor Ort erzeugt werden kann. Ab Herbst will das Netzwerk Schulungen für die neu gewählten Vertreter der Verbandsgemeinden anbieten.

Eine weitere Aufgabe des Netzwerkes ist es, zu beraten: Landwirte, Waldbesitzer, Windkraftanlagenbetreiber oder auch Menschen, die gerne gemeinsam die Abwärme einer Biogasanlage zum Heizen nutzen würden. Wie könnte so etwas vertraglich geregelt werden? Was passiert, wenn die Biogasanlage ausfällt? Wie wird der Gaspreis bestimmt? Auch über solche Fragen macht sich das Netzwerk zurzeit Gedanken - um die Eifeldörfer in eine Zukunft zu befördern, in der sie nicht von dem Rohöl anderer abhängig sind.

<http://www.volksfreund.de> vom 30.1.09

## **CO<sub>2</sub>-freier Supermarkt in Bleialf**

Der neue Edekamarkt in Bleialf wird nicht nur viel größer, sondern auch umweltfreundlicher. Laut Inhaber Winfried Schmitz entsteht in der Bahnhofstraße zurzeit der erste neu gebaute CO<sub>2</sub>-freie Supermarkt Deutschlands. Das bedeutet, dass dort kein Kohlendioxid ausgestoßen wird, das als Klimakiller bekannt ist. Die Eröffnung soll im März sein.



Winfried Schmitz entrollt einen großen Plan. Darauf ist er schon zu sehen, der neue CO<sub>2</sub>-freie Edekamarkt, der zurzeit in der Bahnhofstraße in Bleialf neben der Raiffeisenwarenmarkt-Zentrale entsteht. Licht kommt durch das Dach, Strom aus Photovoltaikanlagen, geheizt wird mittels Abwärm-Nutzung der Kühlanlagen: Winfried Schmitz gibt in seinem Supermarkt dem Klimakiller CO<sub>2</sub> keine Chance mehr. Bislang war Edeka in der unteren Etage im Prisma im Ortskern untergebracht. Doch die Fläche war zu klein, um das gesamte Sortiment unterzubringen. "Edeka hätte uns auf dieser Fläche nicht mehr beliefert", begründet Marktleiter Winfried Schmitz den Auszug.

Nun wird kräftig investiert. Nachdem der Gemeinderat grünes Licht gab, ein Sondergebiet im Bebauungsplan auszuweisen, ging es an die Entwürfe. Rund vier Millionen Euro kostet der neue Supermarkt, den Schmitz auf der insgesamt 7000 Quadratmeter großen Fläche baut. Die Verkaufsfläche wird 1500 Quadratmeter groß sein, im Prisma stand gerade ein Drittel zur Verfügung. 100 Parkplätze werden angelegt. Neben dem üblichen Sortiment wird auf etwa 400 Quadratmetern eine extra Discount-Abteilung eingerichtet.

Zusammen mit seiner rechten Hand Franz-Josef Körner hat Schmitz den neuen Markt geplant. Das Herzstück sind die neuen Kühlmaschinen. Diese produzieren Kälte für die Theken und Kühlhäuser. Die dabei entstehende Abwärme - ein "Abfallprodukt", das bislang in der Luft verpuffte - wird im Boden eingelagert. Dort, in der "geo-thermischen Energiezentrale", wird die Wärme gespeichert. Im Winter kann man damit heizen, im Sommer kühlen. "Die Bodenplatte fungiert dabei als Heizkörper", erklärt Schmitz. Strom soll selbst produziert werden durch Photovoltaik-Anlagen auf dem Dach. Eine gute Isolierung, ein Windfang vor der Tür und ein Dach mit Lichtkuppel, dazu abgedeckte Kühlregale, sorgen für weitere Energieeinsparungen.

"Er ist halt so ein Umwelt-Freak", sagt Körner. "Die nächste Generation hat den Vorteil, dass sie keine Energiekosten mehr zu tragen hat", sagt Schmitz, dem auch die Edeka-Märkte in Daleiden und Waxweiler gehören. Im Moment könne man nicht mehr für die Umwelt tun. Mehr Fläche bedeutet auch mehr Personal. Bislang sind in Bleialf 26 Mitarbeiter beschäftigt. Schmitz rechnet damit, dass sich diese Zahl fast verdoppeln wird. "Für die nächsten 20 Jahre ist die Nahversorgung jedenfalls gesichert", sagt er. Darüber freut sich auch Bleialfs Bürgermeisterin Edith Baur. "Wir können froh sein, dass hier in einen Supermarkt investiert wird", sagt sie. Schließlich habe Bleialf nur 1290 Einwohner. 25 Prozent seiner Kundschaft kommen aus Belgien, sagt Schmitz. Er hofft, dass es nach Eröffnung des neuen Markts 40 Prozent werden.

Aufmerksam geworden auf seinen Supermarkt ist auch schon die Landesumweltministerin Margit Conrad, die für Mitte Februar ihren Besuch angekündigt hat.

[www.volksfreund.de](http://www.volksfreund.de) vom 29.1.09



## Kreistag bringt Energieagentur auf den Weg

Der Kreistag Trier-Saarburg hat der Gründung einer Energieagentur für die Region Trier zugestimmt. Die Agentur soll zentrale Anlaufstelle für Serviceleistungen zum Thema Energie sein. Im Vorfeld hatte es Kritik an der Energieagentur gegeben. Die Vorwürfe: Zu teuer und zu aufgebläht. Zudem trete die Agentur in Konkurrenz zu privaten Anbietern. Nun soll sie mit vier statt acht Mitarbeitern starten. Der Kreis zahlt jährlich 35.000 Euro. Nach dreieinhalb Jahren soll Bilanz gezogen werden. Das Ziel: lokale Akteure vernetzen, Fördermittel in die Region ziehen und damit nachhaltige Wirtschaftsförderung betreiben. Die Energieagentur ist ein Gemeinschaftsprojekt der Landkreise in der Region Trier sowie der Stadt Trier. Die Europäische Union will es mit 250.000 Euro fördern. Eine verbindliche Zusage wird im April erwartet.

<http://www.swr.de/nachrichten/rp/trier/-/id=1672/xms7s1/index.html> ,17.3.09

## Richter stoppen Müllgebühren-Unsinn

Fotovoltaikanlagen machen gewöhnlich keinen Müll - und ihr Betrieb auch nicht. Das sieht aber nicht jeder so: Eine Kreisverwaltung wollte ein Ehepaar, das die Anlage auf seinem Dach installiert hat, deshalb zu einer zusätzlichen "Gewerbeabfallentsorgungsgebühr für Kleingewerbe" in Höhe von 39,15 Euro heranziehen - und ist damit hinten runter gefallen. Das Verwaltungsgericht Neustadt hat den Behördenunfug gestoppt und entschieden, dass keine Gewerbeabfallgebühr fällig wird (4 K 1029/08.NW).

Die Kläger speisen die mit der Solaranlage gewonnene Energie ins öffentliche Stromnetz ein. Aus steuerlichen Gründen hatten sie den Betrieb einer Fotovoltaikanlage im Gewerberegister angemeldet - und so die Kreisverwaltung - hellhörig gemacht, die prompt den Gebührenbescheid schickte. Doch die Klage dagegen ließ nicht lange auf sich warten - und das Ehepaar hatte Erfolg. Das Gericht nahm dann das Abfallaufkommen genau unter die Lupe: Papierabfälle aus Bürotätigkeiten im Zusammenhang mit dem Betrieb der Anlage würden als Abfall zur Verwertung der Wertstoffsammlung zugeführt. Mögliche Laub- und Baumschnittabfälle gingen in die Eigenkompostierung. Eine mögliche Verschmutzung der Fotovoltaikanlage durch Vogelkot könne einfach mit Wasser beseitigt werden, sodass auch Verpackungsmüll für Reinigungsmittel nicht entstehe. Und selbst der beim Auf- und Abbau entstehende Abfall sei dem Unternehmen zuzurechnen, das die Anlage auf- beziehungsweise abbaue.

Die Frage hat aber so grundsätzliche Bedeutung, dass das Verwaltungsgericht die Berufung beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz zugelassen hat.

Rhein-Zeitung vom 14.3.09



## Keine längeren Laufzeiten für AKWs

Die Atomkraftwerke Biblis A und Brunsbüttel dürfen nicht länger als geplant laufen. Die Betreiber RWE Power und Vattenfall scheiterten vor dem Bundesverwaltungsgericht mit ihrer Forderung, so genannte Reststrommengen des lange stillgelegten Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich auf die Kernkraftwerke zu übertragen.

Damit müssten die beiden mehr als 30 Jahre alten Meiler grundsätzlich wie im Atomkonsens vereinbart in absehbarer Zeit vom Netz. Das Bundesumweltministerium geht derzeit davon aus, dass Biblis A 2010 abgeschaltet wird und Brunsbüttel 2012. Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) begrüßte die Entscheidung. „Das Urteil schafft Rechtssicherheit für den weiteren Vollzug des Atomausstiegsgesetzes“, sagte er.

RWE Power reagierte enttäuscht. „Wie bedauern natürlich, dass das Gericht unserer Rechtsauffassung nicht gefolgt ist“, erklärte der Leiter von Biblis A, Hartmut Lauer. Er hofft dennoch, das über die Zukunft des ältesten deutschen Atomkraftwerkes noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. RWE Power hat auch noch beantragt, 30 Terawattstunden aus seinem Kernkraftwerk Emsland auf Biblis A zu übertragen. Das Umweltministerium hat das abgelehnt. Auch dieses Verfahren liegt inzwischen beim Gericht.

Dem 7. Senat des Bundesverwaltungsgerichts sei das Verfahren nicht leicht gefallen, sagte der Vorsitzende Richter Wolfgang Sailer. Schuld sei das „missratene Atomgesetz“, das den Atomausstieg regelt. Dennoch kamen die obersten deutschen Verwaltungsrichter zu dem Schluss, das Reststrommengen aus Mülheim-Kärlich nur auf sieben namentlich in den Regelungen genannte Kernkraftwerke übertragen werden dürfen. Biblis A und Brunsbüttel gehören nicht dazu. Die Kraftwerksbetreiber hatten unter anderem wirtschaftliche Gründe geltend gemacht, das Bundesumweltministerium hatte seine Ablehnung mit Sicherheitsbedenken begründet.

Trotz der Entscheidung hält das hessische Umweltministerium die Zukunft von Biblis A für offen. SPD, Grüne und Linke begrüßten, das Urteil und sahen sich in ihrer Ablehnung der Atomkraft bestätigt. Hessens SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel sprach von einer Niederlage der CDU-FDP-Landesregierung.

Allgemeine Zeitung vom 27.3.09

## Klimaschutz: "Es geht ohne Atomenergie"

Wir können mit erneuerbaren Energien und geringerem Verbrauch die Klimaziele erreichen und dabei die Wirtschaft aus der Krise führen. Ohne Atomkraftwerke. Je mehr die Temperatur auf der Erde steigt, umso wahrscheinlicher ist es, dass es im System Erde zu unumkehrbaren Veränderungen kommt. Steigt die Temperatur bis zum Jahr 2100 um 1,5 bis 2 Grad Celsius an, muss mit dramatischen Auswirkungen gerechnet werden.



Um dies zu verhindern, müssen die Emissionen der Treibhausgase bis zum Jahr 2050 halbiert werden. Für die Industrienationen, die seit jeher die Hauptverursacher dieser Entwicklung sind, bedeutet dies: Sie müssen die Emissionen um 80 Prozent senken, im Vergleich zum Jahr 1990.

In keinem anderen Land ist die Frage der künftigen Energieversorgung so detailliert durch Studien, Szenarien, Enquete-Kommissionen untersucht und öffentlich debattiert worden wie in Deutschland. Ein wichtiges Ergebnis ist: Deutschland kann mit erneuerbaren Energien und einer effizienteren Nutzung der Energien die Ziele des Klimaschutzes erreichen - und dies ohne Atomenergie.

Langfristig ist es sogar möglich, das Land vollständig mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Wie dies funktioniert, zeigen sowohl eine Studie des Umweltbundesamtes als auch zwei Szenarien, die das Prognos-Institut sowie das Energiewissenschaftliche Institut der Uni Köln erstellt haben. Zunächst geht es darum, bis zum Jahr 2020 die Emissionen um 40 Prozent zu senken und gleichzeitig aus der Kernenergie auszusteigen.

**Der Verkehr:** Eiliger Handlungsbedarf besteht im Verkehr - der Energie-Einsatz bei Autos ist noch besonders ineffizient. Indem man sparsamere Antriebe entwickelt, den Luft- und den Rollwiderstand der Autos sowie ihr Gewicht reduziert, könnte der Benzinverbrauch zumindest halbiert werden. Die EU will vom Jahr 2015 an den Kohlendioxid-Ausstoß auf 120 Gramm pro Kilometer senken. Dies kann nur ein erster Schritt sein. Es muss weiter reduziert werden.

**Die Ressourcen:** Die erneuerbaren Energien haben in Deutschland mittlerweile einen Anteil an der Stromerzeugung von 15 Prozent erreicht; bis zum Jahr 2020 dürfte er sich noch einmal verdoppeln. Dies ist im Wesentlichen dem Erneuerbare-Energien-Gesetz zu verdanken. Gegner dieses Gesetzes kritisieren oft, hierdurch würden die Bürger oft unzumutbar belastet - dabei muss ein Haushalt mit einem Stromverbrauch von 3500 Kilowattstunden pro Jahr im Monat nur rund drei Euro aufwenden, um über dieses Gesetz Sonne-, Wind- und Wasserenergie zu fördern.

Für diesen geringen Preis konnten die Kosten der Nutzung erneuerbarer Energien drastisch gesenkt werden, und es konnten die Technologien für eine nachhaltige Energieversorgung entwickelt werden. Zugleich war dies die Basis für den Aufbau einer Branche, die heute rund 250.000 Arbeitsplätzen allein in Deutschland stellt. Und die effizienteste Form überhaupt, Brennstoffe zu nutzen, ist die Kraft-Wärme-Kopplung. Sie ist eine weitere Grundlage der künftigen Strom- und Wärmeversorgung. Es ist möglich, bis 2020 ein Viertel des Stroms auf diesem Weg zu erzeugen.

#### **Keine "Stromlücke" zu erwarten**

Diese und weitere Schritte können die Kohlendioxid-Emissionen von 841 Millionen Tonnen im Jahr 2007 auf 571 Millionen Tonnen im Jahr 2020 verringern - auch ohne weitere Nutzung der Kernenergie. Es gibt vereinzelte Stimmen, die vor einer "Stromlücke" im Jahr 2020 warnen, also vor einem Angebot, das geringer als der Bedarf ist. Die



Untersuchungen des Umweltbundesamts und ein Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums zur Versorgungssicherheit in Deutschland zeigen hingegen, dass auch mit dem Atomausstieg und trotz der Stilllegung alter Kohlekraftwerke keine Engpässe in der Stromversorgung zu erwarten sind.

Da eine sichere und effiziente Energieversorgung ohne Atomstrom möglich ist, sollte man am Atomausstieg festhalten - zu viele Risiken sind damit verbunden, und die Entsorgungsfrage ist nach wie vor ungeklärt. Ganz abgesehen davon, dass auch die Erzeugung von Atomstrom mit der Emission von Klimagasen verbunden ist. Angesichts der Wirtschaftskrise gibt es nun Forderungen, den Klimaschutz zu verschieben. Wer dies verlangt, ignoriert, dass viele Vorkehrungen zum Klimaschutz wirtschaftlich sinnvoll sind und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Sie helfen, unsere Infrastruktur und Gebäude zu modernisieren.

Die erneuerbaren Energien sind ein wichtiger Zukunftsmarkt und ihre Förderung in Deutschland erlaubt der deutschen Wirtschaft, die Techniken dazu zu exportieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Letztlich hilft die Wende zu einer effizienten Energiewirtschaft auf der Basis erneuerbarer Ressourcen, unabhängiger von Energie-Importen zu werden. Klimaschutz muss langfristig, geduldig und ohne Zaudern verwirklicht werden, auch in Zeiten einer Wirtschaftskrise. Wirtschaftskrisen kommen und gehen, die Folgen des Klimawandels aber werden bleiben und die Menschen und die Wirtschaft langfristig belasten.

**Die Wärme:** Viel Einsparpotential gibt es auf dem Wärmemarkt. Etwa ein Drittel des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland wird eingesetzt, um Räume warm zu halten - überwiegend in privaten Haushalten. Bei einer umfassenden Sanierung der Wohngebäude ließen sich knapp 60 Prozent des derzeitigen Bedarfs an Wärmeenergie einsparen. Natürlich muss man in Zukunft auch für Neubauten höhere Standards beim Energiebedarf als bisher einhalten. Denn das geltende Klimaschutzprogramm sieht vor, diesen Energiebedarf in den Jahren 2009 und 2012 nochmals um jeweils durchschnittlich 30 Prozent zu verringern. Parallel dazu muss die Nutzung von Solar-Energie massiv ausgebaut werden.

**Der Strombedarf:** Auch beim Strom kann viel mehr gespart werden als bisher. Würden wir sofort beginnen, alle wirtschaftlichen Stromsparmöglichkeiten in Industrie, Gewerbe und privaten Haushalten konsequent auszuschöpfen, ließen sich innerhalb von zehn Jahren 110 Terawattstunden Jahr für Jahr einsparen - das wären 20 Prozent des jährlichen Stromverbrauchs in Deutschland. Vieles davon würde sich in weniger als vier Jahren amortisieren. In den vergangenen Jahren ist der Stromverbrauch auch dadurch gestiegen, dass immer mehr Geräte benutzt werden, die Strom brauchen: Handys, Computer, Espressomaschinen, Decoder und so weiter. Selbst wenn die Zahl solcher Geräte künftig noch weiter zunähme, kann der Stromverbrauch bis 2020 um elf Prozent gesenkt werden - wenn die Verbraucher sich dazu entscheiden, besonders energiesparende Geräte zu kaufen.



## **Deutsche drosseln Verbrauch**

Während zwischen 1995 und 2000 für Raumwärme noch ein Anstieg des Energieverbrauchs zu verzeichnen war, ist dieser von 2000 bis 2006 um 11,2 Prozent deutlich gefallen. Dies geht aus der Umweltökonomischen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes hervor. "Ursachen dieses bemerkenswerten Rückgangs sind eine effizientere Nutzung der Energie durch Verbesserungen der Heiztechnik und Wärmedämmung, aber auch Verhaltensänderungen der privaten Haushalte", sagte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler. Der Energieverbrauch für Raumwärme beträgt etwa Dreiviertel der gesamten Wohnenergie.

Insgesamt verbrauchen die privaten Haushalte in Deutschland heute etwas weniger Energie als vor zwölf Jahren. Der direkte Energieverbrauch sei zwischen 1995 und 2006 trotz stark gestiegener Energiepreise mit 0,7 Prozent nur leicht zurückgegangen, erläuterte Engler. Der direkte Energieverbrauch setzt sich zusammen aus Wohnenergie (Brennstoffe, Fernwärme und Elektrizität), deren Verbrauch insgesamt nahezu gleich blieb und Kraftstoffen, deren Verbrauch um rund 1,4 Milliarden Liter oder 3,7 Prozent abgenommen habe.

Der Rückgang beim Sprit sei hauptsächlich auf einen niedrigeren Durchschnittsverbrauch der Fahrzeuge zurückzuführen. Neben Verbesserungen moderner Fahrzeuge haben dazu auch Fahrer einen Beitrag geleistet, die auf vergleichsweise verbrauchsgünstigere Diesel-Pkw umstiegen. Mehr Fahrleistung sowie "eine Tendenz zu größeren Hubraumklassen" hätten allerdings einen weiteren Rückgang des Kraftstoffverbrauchs verhindert, erklärte Engler.

Neben dem direkten Energieverbrauch bei Wohnen und Individualverkehr verursachen die privaten Haushalte durch die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen einen weiteren - indirekten - Energieeinsatz: 2006 machte dies den Angaben zufolge rund das 1,5-fache des direkten Energieverbrauchs aus. Gegenüber 1995 ist der indirekte Energieverbrauch der privaten Haushalte allerdings um 6,3 Prozent zurückgegangen, während die Konsumausgaben der privaten Haushalte im gleichen Zeitraum um 13 Prozent zugelegt haben. Diese "Entkopplung" von Konsum und Energieeinsatz resultiere in erster Linie aus einem effizienteren Einsatz von Energie bei der Herstellung von Konsumgütern.

Energiedepesche 01/09

## **Jede dritte Kilowattstunde wird grün**

Das Bundesumweltministerium will eine Teilverstaatlichung der Stromnetze und 850 Kilometer neuer Leitungen. Zudem soll über ein Beschleunigungsgesetz grüner Strom ins Netz integriert werden.



Das Bundesumweltministerium hat ein Konzept zur Energiepolitik bis 2020 vorgestellt. "Diese Roadmap ist eine seriös durchgerechnete Handlungsanweisung, mit der wir die Herausforderungen - Klimaschutz, Versorgungssicherheit, bezahlbare Energie - meistern können", sagte Umwelt-Staatssekretär Matthias Machnig in Berlin. Den Plänen zufolge sollen im Jahr 2020 mindestens 30 Prozent des deutschen Stromverbrauchs durch regenerative Quellen gedeckt werden. 40 Prozent sollen durch Kohlekraftwerke bereitgestellt werden, der Rest von Gaskraftwerken.

"Notwendig ist dafür der Atomausstieg, eine Senkung des Strombedarfes um 11 Prozent und ein Ausbau der Netze", erläuterte Machnig. Um Letzteres zu erreichen, sei eine bundesweite Netzgesellschaft zu gründen, an der der Staat mindestens 25,1 Prozent Anteile hält. Derzeit sind die Übertragungsnetze noch in der Hand der vier Konzerne RWE, Eon, Vattenfall und EnBW, was aber nach dem Veto der EU nicht so bleiben darf.

"Wir brauchen 850 Kilometer neue Stromtrassen bis 2015", erklärte Machnig. Bereits heute würden die Netze den Ausbau der Erneuerbaren limitieren. "Bei starkem Wind sind die Übertragungskapazitäten oft nicht ausreichend, um den Windstrom aufnehmen zu können", so Machnig. Wichtig für den Netzausbau sei eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Bis zu 15 Jahren würden in manchen Verfahren vergehen, bevor die Trassen gebaut würden, so Machnig und kündigte ein Netzausbau-Beschleunigungsgesetz an.

Während bei der Förderung der erneuerbaren Energien bereits viel erreicht worden ist, besteht der "Roadmap" zu Folge im Bereich der Energieeffizienz enormer Handlungsbedarf. Die Bundesregierung hatte sich darauf verständigt, die Energieproduktivität bis 2020 gegenüber dem Jahr 1990 zu verdoppeln. Machnig forderte vom neuen Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) endlich ein Gesetzentwurf vorlegen, mit dem eine höhere Energieeffizienz in Industrie und Haushalten erreicht werden kann.

Zwar wurde die Roadmap von Industrie und Politik insgesamt begrüßt. Im Detail aber gab es Kritik. Zum Beispiel vom Bremer Umweltsenator Reinhard Loske (Grüne): "Dörpen, Wilhelmshaven, Stade, Hamburg, Brunsbüttel - an der Nordsee werden jede Menge Kohlekraftwerke gebaut", so Loske. Dies sei ein "absoluter Zielkonflikt" zu den in der Roadmap prognostizierten 25.000 Megawatt Offshore-Windrädern: Es bestünde dann keine Chance den Windstrom ins Netz einzuspeisen - weil das mit Kohlestrom voll sei.

"Es darf keine Deckelung für die Erneuerbaren geben", forderte Ralf Bischof, Vorstand des Bundesverbands Erneuerbare Energien. Der Verband hatte gerade seine Ausbauprognose an Bundeskanzlerin Angela Merkel übergeben, nach der bis 2020 sogar 47 Prozent des deutschen Stromverbrauchs regenerativ zu decken sei. Würde die Roadmap für dieses Ziel offen sein, "führt das zu anderen Investitionsentscheidungen als etwa für neue Kohlekraftwerke".

taz; 13. Februar 2009





## Blockheizkraftwerk ist private Firma

Private Hausbesitzer können den Betrieb einer Photovoltaikanlage oder eines Blockheizkraftwerks als Unternehmen anmelden. Voraussetzung ist, dass ein Teil der erzeugten Energie verkauft wird, heißt es in einem gestern in München veröffentlichten Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH, Az: V R 80107). In der Folge erstatet das Finanzamt die auf die Anlage gezahlte Mehrwertsteuer. Dafür muss der Eigentümer für den verkauften Strom Mehrwertsteuer abführen.

Im verhandelten Fall hatte ein Hausbesitzer 2005 ein Blockheizkraftwerk in Betrieb genommen. Der erzeugte Strom wurde weitgehend ins öffentliche Netz eingespeist, die Abwärme der Anlage für Heizung und Warmwasserbereitung selbst genutzt. Der Mann meldete die Anlage als Gewerbe an und verzichtete auf die für Kleinunternehmer vorgesehene Umsatzsteuerbefreiung. Das Finanzamt befand, der Lokführer sei kein Unternehmer. Dafür erwirtschaftete er mit dem Kleinkraftwerk zu wenig Geld. Dem widersprach der BFH: Es komme nicht auf die Höhe der Einnahmen an, sondern darauf, dass die Anlage "nachhaltig" der Erzielung von Einnahmen diene.

Rheinpfalz vom 2.4.09

## Umweltschutz schafft Jobs wie nie

Der Umweltschutz wird für die deutsche Wirtschaft zum großen Geschäft. Mehr als 1,8 Millionen Beschäftigte verdienen mittlerweile ihr Einkommen damit - mehr als je zuvor. Das geht aus dem ersten "Umweltwirtschaftsbericht" des Bundesumweltministeriums hervor. Demnach hängt jeder zwanzigste Job in Deutschland an Gütern und Dienstleistungen rund um die Umwelt. Auch dient inzwischen jedes zwanzigste deutsche Industrieprodukt in irgendeiner Form dem Umweltschutz, mit wachsender Tendenz: Allein zwischen 2005 und 2007 wuchs die Produktion um 27 Prozent. Allerdings hat auch die Umweltbranche, vor allem bei Großprojekten wie Windpark, unter der globalen Finanzkrise zu leiden. Für langfristige Öko-Projekte bekommen Bauherren derzeit häufig keinen Kredit.

Der Bericht, den Umweltministerium und Umweltbundesamt in diesen Tagen erstmals vorlegen wollen, führt alle Daten zusammen, die zur Wirtschaftsleistung im Umweltbereich derzeit zu haben sind. Danach führt Deutschland weiterhin den Weltmarkt für Umweltgüter an, konnte den Anteil mit 16 Prozent zuletzt sogar weiter ausbauen. "Besondere Stärken weist Deutschland bei der nachhaltigen Energiewirtschaft und bei der Abfall- und Kreislaufwirtschaft auf", heißt es in dem 166seitigen Dokument, das der Süddeutschen Zeitung vorliegt. "Hier entfällt mehr als ein Viertel des Weltmarktes auf deutsche Unternehmen!" In den kommenden Jahren könne das Geschäft noch zulegen. Setzen 2005 Unternehmen weltweit rund eine Billion Euro mit grünen Technologien um, sollen es bis 2020 geschätzte 2,2 Billionen Euro sein. "Davon wird die deutsche Umweitindustrie kräftig profitieren", schreiben die Autoren der Studie.



### Gutes Geschäft mit Filtern und Katalysatoren

Vor allem die Maschinenbauer konnten an dem Umweltboom verdienen. Binnen fünf Jahren legten ihre Umweltumsätze um zehn Milliarden auf 31,9 Milliarden Euro zu. Die Unternehmen profitieren vom Geschäft mit erneuerbaren Energien, vor allem mit der Windkraft. Allein hier sind nach Schätzungen des Umweltministeriums 25.000 Menschen beschäftigt. Schwerpunkt bleibe allerdings die Luftreinhaltung, also das Geschäft mit Staubfiltern, Katalysatoren oder ganzen Filtersystemen - wo allerdings die Zahl der Beschäftigten in den vergangenen Jahren stagnierte. Einen Boom erleben den Zahlen zufolge die so genannten "umweltorientierten Dienstleistungen": Insgesamt 1,1 Millionen Beschäftigte zählt die Statistik hier. Dazu zählen Handwerker genauso wie das Personal von Bio-Supermärkten, Energieberater ebenso wie Ökobauern. "Die umweltorientierten Dienstleistungen dürften in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen", heißt es in dem Bericht. Bei der Umwelttechnologie wiederum werden den Autoren zufolge Anstrengungen im Klimaschutz für weiteres Wachstum sorgen.

Das Wachstum hat aber offenbar weniger mit gestiegenem Umweltbewusstsein als vielmehr mit schärferen Auflagen, höheren Energiepreisen und staatlichen Zuschüssen zu tun. So fand das Gebäudesanierungsprogramm, mit dem die Bundesregierung die Sanierung alter Häuser fördert, im vorigen Jahr besonders viel Zuspruch - der hohen Energiepreise wegen. In den ersten neun Monaten 2008 gewährte die staatliche Förderbank KfW weit mehr Kredite als im ganzen Jahr 2007. Im Zuge der staatlichen Konjunkturlösungen werden die Mittel noch aufgestockt. Davon profitieren vor allem Handwerker, die nun vermehrt das Geschäft mit dem Energiesparen suchen. In vielen Gewerken spezialisieren sich Betriebe mittlerweile auf die energetische Sanierung", heißt es beim Zentralverband des Deutschen Handwerks. Werde jetzt auch noch die Sanierung von Schulen gefördert, könne dies dem Handwerk durchaus über die Krise hinweghelfen.

### Ziel: Verdopplung der Beschäftigten

Auch Experten des Umweltbundesamtes erwarten durch die Wirtschaftskrise allenfalls eine Delle im Wachstum. Es spricht sehr viel dafür, dass die Aussichten weiterhin gut bleiben", sagt etwa Andreas Burger, Wirtschaftsexperte beim Umweltbundesamt. "Denn die wesentlichen Herausforderungen bleiben bestehen." Auch Anbieter von Ökoenergie, die allein zum Strom mittlerweile gut 15 Prozent beiträgt, wollen von einer Krise nicht viel wissen. "Wir halten an unserer Wachstumsprognose fest", sagt Björn Klusmann, Chef des Ökoenergie-Verbands BEE. Ziel bleibe eine Verdoppelung der Beschäftigtenzahl bis 2020. "Wir sehen keinen Grund, davon abzurücken." Bis dahin sollen Wind, Wasser und Sonne nach Plänen der Bundesregierung mindestens ein Drittel des deutschen Strombedarfs decken.

Das Bundesumweltministerium sieht mit den Zahlen abermals den Widerspruch zwischen Umweltschutz und wirtschaftlichem Erfolg widerlegt. "Ökologie und Ökonomie können nicht mehr als gegensätzliche Kategorien begriffen werden", schließt der Bericht.

Süddeutsche Zeitung; 16. Januar 2009



## Bistum Mainz setzt auf Naturstrom

Der unabhängige Ökostromanbieter NATURSTROM AG beliefert im Jahr 2009 das Bistum Mainz mit sauberem Strom aus erneuerbaren Energien.

Das Bistum Mainz ist das erste deutsche Bistum, das sich für einen Wechsel zu Klima schonendem Strom entschieden hat und damit den Aufruf des damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann vom 27. September 2006 in Fulda zum Schutze des Klimas auch im Bereich der elektrischen Energieversorgung konsequent in die Praxis umsetzt. Mit über 1.000 Abnahmestellen ist das Bistum Mainz außerdem der größte Kunde des Düsseldorfer Stromhändlers.

"Für das Bistum Mainz waren neben einem konkurrenzfähigen Preis, Kriterien wie Klima- und Umweltverträglichkeit von zentraler Bedeutung", sagt naturstrom-Geschäftsführer Oliver Hummel, "Wir freuen uns sehr, dass wir das Bistum sowohl preislich als auch qualitativ überzeugen konnten. Dass wir Träger des vorn BUND, NABU und Eurosolar vergebenen Grüner Strom Labels sind, hat uns dabei ganz sicher geholfen."

Als naturstrom-Kunde wird das Bistum Mainz nicht nur seine CO<sub>2</sub>-Emissionen senken, sondern auch zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und so zur Verhinderung des Klimawandels beitragen. "Mit naturstrom haben wir einen qualitativ hochwertigen und verlässlichen Partner in Sachen Ökostrom gefunden", findet auch Frank Flegel, Kanzleidirektor des Mainzer Bistums.

Beide Partner hoffen, dass das Beispiel Schule macht und sich auch andere Bistümer in Zukunft für Strom aus Erneuerbaren Energien entscheiden werden.

Das Bistum Mainz ist eine Diözese der römisch-katholischen Kirche in Teilen der Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg auf einer Gesamtfläche von 7692 km<sup>2</sup>. Das im 4. Jh. gegründete Bistum steht unter der Leitung von Karl Kardinal Lehmann, Bischof von Mainz, der 1983 von Papst Johannes Paul II. die Bischofsweihe erhielt und von 1987 bis 2008 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz war. Die 338 zum Bistum gehörenden Pfarreien sowie weitere Seelsorgestellen und karitative Einrichtungen sind in 138 Pfarrverbände oder Pfarrgruppen gegliedert. Neben dem Mainzer Dom gehören auch die bekannten Sehenswürdigkeiten und Touristenattraktionen wie der Dom St. Peter in Worms und die Basilika St. Martin in Bingen zur Mainzer Diözese.

Die NATURSTROM AG wurde im Oktober 1998 durch Gründungsmitglieder aus den Umweltverbänden, u. a. BUND, NABU und anderen gegründet. Anfang 1999 ging man als erstes unabhängiges Ökostromhandelsunternehmen in Deutschland auf den Markt. Heute gehört naturstrom zu den führenden unabhängigen Anbietern von Strom aus Erneuerbaren Energien und beliefert bundesweit über 30.000 Privatkunden, Gewerbetunden und Windparks.



Die NATURSTROM AG ist darüber hinaus in der Projektentwicklung und dem Betrieb von erneuerbaren Energieanlagen tätig sowie über Beteiligungsgesellschaften auch in der Errichtung von Photovoltaikanlagen und im Bereich des Wärmecontractings.

Ein Service von [www.eco-world.de](http://www.eco-world.de) vom 22.1.09

## **"Irena" bringt neue Energien voran**

Bereits 1981 auf einer UN-Konferenz im kenianischen Nairobi regten die teilnehmenden Länder eine Agentur zum Ausbau erneuerbarer Energien an. Doch erst im vergangenen Jahr im Rahmen der Internationalen Konferenz für erneuerbare Energien in Washington machte Deutschland konkrete Vorschläge.

Rund 75 Staaten haben in Bonn eine Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (Irena) gegründet. Der Gründungsvertrag wurde zum Abschluss einer Konferenz unterzeichnet, an der mehr als 400 Delegierte aus 109 Ländern teilnahmen. Die Gründung der Agentur geht auf eine deutsche Initiative zurück. Das ist wirklich ein historischer Tag", sagt Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Sogar mit dem früheren US-Projekt "Mensch zum Mond" vergleicht er die Herausforderung, die mit einer weltweiten Energiewende weg von Öl, Kohle und Atomkraft verbunden ist. Was den Mond anbelangt, wurde die Mission erfüllt.

Bei der Durchsetzung erneuerbarer Energien geht es um Irdisches wie die Sonne der Sahara. Zahlreiche Länder, darunter Deutschland, sind bei der Nutzung von Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme und Biomasse bereits auf gutem Weg. Den Rest soll Irena besorgen.

Dass die Umwelt-Agentur so rasch zustande kam, hätten vor einigen Jahren wohl selbst Befürworter kaum erwartet. Jahrelang war der Pionier für erneuerbare Energien, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer, als eine Art Don Quichotte belächelt worden, als er mit seinem Anliegen einer schlagkräftigen Institution für erneuerbare Energien um die Welt zog. Sowohl die rot-grüne Koalition als auch die schwarz-rote Koalition nahmen das Engagement für Irena dann aber in ihr Programm auf. Auch Dänen und Spanier trommelten fleißig.

Rund 400 Regierungsvertreter aus etwa 120 Ländern sind nun zum Gründungskongress gekommen. Irena ist die erste global von Regierungen getragene Organisation, die sich vorrangig mit der Förderung erneuerbarer Energien beschäftigt - und sie soll ein Gegengewicht zu den etablierten Energie-Organisationen wie der Internationalen Energie-Agentur mit Sitz in Paris und der Internationalen Atomenergie Agentur in Wien sein. Diese wurden unter anderen Vorzeichen bereits vor Jahrzehnten gegründet und scherten sich kaum um regenerative Energien oder vernachlässigten oder blockierten sie aus Eigeninteresse, wie Umweltorganisationen kritisieren.



"Wir wollen endlich einen Kontrapunkt setzen", macht Gabriel deutlich. Es gehe darum, den beiden anderen Energie-Organisationen "auf Augenhöhe" zu begegnen. "Weltweit werden rund 240 Milliarden US-Dollar zur Subvention fossiler Energieträger vergeben und nur rund 20 Milliarden US-Dollar für erneuerbare Energien", rechnet Gabriel vor. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern wie Öl müsse " Schritt für Schritt abgebaut werden. Sie seien - bei weltweit steigendem Energiebedarf - nur begrenzt verfügbar und außerdem klimaschädlich. Und Atomkraft sei vor allem für ärmere Entwicklungsländer viel zu teuer, sagt Gabriel.

Die erneuerbaren Energieträger hätten so riesiges Potenzial, dass sie auch den Energiebedarf einer Weltbevölkerung von neun Milliarden Menschen - in 50 Jahren (derzeit rund sechs Milliarden) decken könnten. Es gehe jetzt darum, die verfügbare moderne Technologie auch zu nutzen und vor allem ärmere Länder dabei zu unterstützen.

Auch für die Unternehmen aus der Wachstumsbranche dürfte Irena ein positives Signal sein. Ihnen eröffnen sich neue Förder- und Finanzierungsperspektiven etwa in Entwicklungsländern. Dazu könnte auch ein Projekt zur Nutzung der Sahara-Sonne zählen. Sie könne für eine umweltgerechte Stromversorgung in Afrika genutzt werden, erklärt Gabriel. Außerdem könne über Leitungen aus Nordafrika möglicherweise auch Südeuropa davon profitieren. Das ist zwar noch Zukunftsmusik, Gabriel gab aber genau diese Perspektive vor: "Mit Irena denken wir 30 bis 40 Jahre voraus."

Rhein-Zeitung vom 28.1.09

## **Resolution „Eckpunkte zur Kommunalwahl 2009 in Rheinland-Pfalz“**

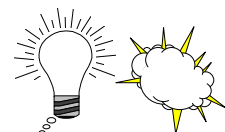
(beschlossen auf der BUND Landesdelegiertenversammlung 2009 am 28.3.2009 in Koblenz)

„Global denken – lokal handeln ist das Motto des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz für die bevorstehenden Kommunalwahlen. Die Wahlprogramme der örtlichen Kandidaten müssen einem Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden. Daher stellt der BUND die natur- und umweltpolitischen Konzepte aller Parteien und Wählergruppen auf den Prüfstand.

Der BUND wird in Rheinland-Pfalz von über 13.000 Mitgliedern und Förderern unterstützt. Der BUND ist parteipolitisch, konfessionell und weltanschaulich unabhängig.

### 1. Flächenverbrauch

Der galoppierende Landverbrauch ist eines der größten Umweltprobleme in Deutschland. Immer noch werden neue Siedlungs- und Gewerbegebiete ausgewiesen, obwohl keine Nachfrage abzusehen ist. Derzeit missverstehen die Gemeinden ihre Planungshoheit als ein Grundrecht zum Landverbrauch! Die regionalen Planungsträger sind für diese Fehlentwicklung verantwortlich und müssen endlich für eine Reduzierung des Flächenverbrauchs sorgen.



Ziel muss sein, keine neuen Flächen zu bebauen, weder mit Gebäuden noch mit Straßen. Oder es müssen an anderer Stelle asphaltierte Flächen in ihren natürlichen Zustand zurück versetzt werden, falls es für eine Neuversiegelung nachweislich keine umweltverträgliche Alternative gibt.

In jedem Fall aber müssen Stadt- oder Dorferneuerung unbedingten Vorrang vor Neubaugebieten haben. Hier sieht der BUND eine große Chance für eine positive Ortsentwicklung: Baulücken könnten geschlossen, vorhandene Gebäude neu aufgeteilt oder leer stehende Wohnungen und Häuser wieder genutzt werden. Gemeinden, die gezielt Gewerbeflächen und leerstehende Gebäude erfassen, haben darüber hinaus die Möglichkeit, auf Nachfragen flexibel zu reagieren und kostspielige Erschließungsmaßnahmen einzusparen.

### 2. Energiepolitik

Der BUND legt besonderes Gewicht auf kommunale und regionale Energiekonzepte, bei denen die Energieerzeugung in der Hand der Kommunen bleibt. Durch regenerative Energien wie Windkraftanlagen und Sonnenenergie oder durch dezentrale Stromerzeugung mit Kraft-Wärme-Kopplung machen sich die Gemeinden unabhängig von den großen Stromerzeugern.

Ökonomisch und ökologisch optimal sind auch dezentrale Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung. Dabei wird die bei der Stromgewinnung anfallende Wärme für Heizzwecke genutzt. Und wer die Anfangsinvestitionen nicht alleine stemmen kann, soll über die Vorfinanzierung durch einen Investor nachdenken. Diese Möglichkeit ist unter dem Namen „Contracting“ bekannt. In jedem Ort gibt es große Dachflächen, die für Photovoltaikanlagen bestens geeignet sind. Potentielle Investoren und Eigentümer kann man beispielsweise über eine „Dachbörse“ zusammen bringen.

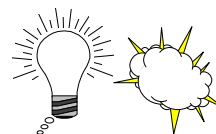
Den Kommunen empfiehlt der BUND, gemeinsam eigene Energieagenturen zu bilden. Diese können unabhängig Bürger, aber auch Unternehmen, beim Energiesparen beraten oder über erneuerbare Energiequellen aufklären. Von Sparvorschlägen der Agentur profitierten direkt auch der Landkreis und die Ortsgemeinden.

Die drei großen E's (Energieeinsparung, Energieeffizienzsteigerung und Nutzung erneuerbarer Energien) machen die Energieerzeugung zukunftsfähig, und hinterlassen auch unseren Nachkommen noch Lebensqualität!

### 3. Gewässerentwicklung

„Tempo machen bei der Gewässerentwicklung“, fordert der BUND als weiteren Schwerpunkt. Nach der europäischen Wasserrahmenrichtlinie müssen alle Gewässer Europas bis 2015 in einen gesunden Zustand versetzt werden. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, müssen in der nächsten Legislaturperiode die Weichen gestellt werden, damit der idyllische Bach vor der Haustür keine Utopie bleibt.

Ehrgeiziges Ziel der WRRL ist es, alle Gewässer Europas in einen gesunden Zustand zu versetzen. Als Kriterien dafür gelten eine intakte Flora und Fauna sowie eine geringe Nährstoffbelastung durch Düngung und Kläranlagen. Auch die Struktur findet Berücksichtigung: Naturfremde Verbauungen, Abstürze, oder Begradigungen müssen zurückgeführt werden. Die Richtlinie schließt Auenbereiche und Wassereinzugsgebiete in die Betrachtung mit ein. Erstmals wird auch die Wechselwirkung zwischen Grund- und Oberflächenwasser erfasst.



Da die EU-Wasserrahmenrichtlinie sowieso eine frühzeitige und umfassende Information und Anhörung der Öffentlichkeit vorschreibt, regt der BUND für jede Gemeinde die Einrichtung eines runden Tisches an zur Abstimmung zwischen allen Betroffenen. Je eindeutiger die Verantwortlichkeiten geregelt sind und je anschaulicher die zu bewältigenden Aufgaben dargestellt werden, umso größer ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Damit sich die Gewässer endlich wieder freier entwickeln können, sollen Wehre und andere Abstürze ebenso wie Sohl- und Uferbefestigungen, wo immer möglich, entfernt werden. Dies ermöglicht den Fischen und anderen Wasserorganismen wieder eine naturgemäße ungehinderte Wanderung bachauf- und abwärts. An Wasserkraftanlagen, wo der Rückbau der Wehre schwer durchführbar ist, müssen funktionierende Fischaufstiegshilfen gebaut werden. Voraussetzung für eine solche Renaturierung und das spätere Zulassen der Gewässerdynamik ist natürlich der dafür notwendige rechtzeitige Flächenerwerb, eine wichtige kommunale Aufgabe.

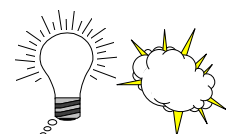
#### 4. Wald

Der BUND stellt fest, dass der finanzielle Druck auf die Kommunen angestiegen ist und daher in den letzten Jahren in den Wäldern der Holzeinschlag gesteigert wurde. Damit künftig die Nachhaltigkeitsgrenze nicht überschritten wird, fordert der BUND, dass bei den Kommunen künftig wieder eine Person die komplette Verantwortung für die forstbetrieblichen Arbeiten (Planung bis Verkauf) erhält. Der exakte Nachweis über den Zustand und die Wertentwicklung des Waldes und seiner Funktionen (Kontrollstichprobe) muss durch unabhängige Sachverständige erfolgen. Damit wird die naturgemäße Bewirtschaftung glaubwürdig nachgewiesen.

#### 5. Verkehrspolitik

Auch der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist ein wichtiges Wahlkriterium. Gleiche Mobilitätschancen sind die Voraussetzung für gleiche Lebensqualität auch auf dem Land. In seiner jetzigen Form ist der ÖPNV in den Landkreisen für den BUND kein ernst zu nehmendes Angebot. Es gibt vielfach nicht aufeinander abgestimmte Fahrpläne, die Preise sind unangemessen hoch, die Fahrzeuge häufig unkomfortabel, die Haltestellen vernachlässigt und Fahrplanauskünfte unzuverlässig. Das sind genügend Ansatzpunkte für die Politik, die dringend notwendige Optimierung des Öffentlichen Personennahverkehrs schnellstens anzugehen. Es ergeben sich folgende Handlungsansätze:

- Höchstens fünf Minuten Fußweg zum nächsten Haltepunkt.
- Fahrradunterstellplätze an Haltestellen und Mitnahmemöglichkeiten (jeder Bus ein Radelbus).
- Umsteigefreie Verbindungen in den Hauptverkehrsrichtungen.
- Verknüpfung Bus mit Zug.
- Wenigstens stündliche Verbindung jeder Siedlung in den Hauptverkehrszeiten.
- Schnelle und weitgehend geradlinige Busverbindung von abseits gelegenen Orten mit den Zentren und der Bahn.
- Einrichtung eines geregelten spontanen Mitnahmesystems auf Strecken, wo der Einsatz von Bussen nicht möglich ist.



## 6. Kommunalreform

Die derzeitigen Vorschläge zur Kommunalreform richten sich zu sehr nach formalen Kriterien, wie der Einwohnerzahl. So bleibt z. B. unberücksichtigt dass die Zusammenlegung von Kommunen vor allem im ländlichen Raum längere Wege verursachen würde. Dies wäre sowohl ökonomisch, sozial als auch ökologisch von Nachteil. Der BUND fordert, dass die Fahrwege zu Behörden sowohl bei der Wegstrecke als auch der Fahrtzeit nicht länger werden dürfen als bisher. Die Kommunalreform darf zu keinem qualitativen Verlust für die Bürger und ihrer Umwelt führen.

## **Energie-Portal**

Auf [www.energie-mittelrhein.de](http://www.energie-mittelrhein.de) dreht sich alles rund um Energie, Bauen und Renovieren. Ganz gleich ob Gas, Strom oder Öl, Wind-, Wasser- oder Sonnenkraft, ob Eigenheim oder Mietswohnung - die Themen betreffen uns alle.

Grund genug, Informationen sowie Unternehmen, Firmen und Handwerker, die in diesem Bereich tätig sind, gebündelt für die gesamte Region darzustellen: von Bonn bis Boppard, an Rhein, Lahn und Mosel, vom Westerwald bis in den Taunus.

Rhein-Wied-Kurier vom 11.2.2009

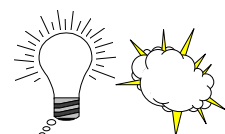
## **Energieeinsparverordnung (EnEV)**

Durch die Novellierung der Energieeinsparverordnung (und der Heizkostenverordnung) werden die Beschlüsse der Bundesregierung zum Integrierten Energie- und Klimaprogramm (IEKP) im Gebäudebereich umgesetzt.

Die Bundesregierung hat am 18. Juni 2008 die Änderung der Energieeinsparverordnung(EnEV) beschlossen. Am 6. März 2009 hat der Bundesrat mit einigen Änderungen zugestimmt, die am 18.März 2009 von der Bundesregierung angenommen wurden. So kann die Energieeinsparverordnung 2009 voraussichtlich zum 1. Oktober 2009 in Kraft treten.

Zuvor muss noch die Änderung des Energieeinsparungsgesetzes im Bundesgesetzblatt verkündet werden; sie schafft die nötigen Rechtsgrundlagen für die Novellierung der Energieeinsparverordnung. Das Änderungsgesetz wird voraussichtlich in der zweiten Märzhälfte 2009 verkündet und tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

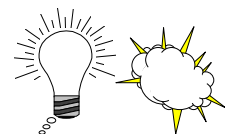
Ziel der novellierten Energieeinsparverordnung (EnEV) ist es, den Energiebedarf für Heizung und Warmwasser im Gebäudebereich um etwa 30 % zu senken. In einem weiteren Schritt sollen laut Integriertem Energie- und Klimaprogramm (IEKP) ab 2012 die energetischen Anforderungen an Neubauten nochmals um bis zu 30 % erhöht werden.





### *Die Änderungen der EnEV 2009 im Überblick:*

- ❖ Neubauten: Die Obergrenze für den zulässigen Jahres-Primärenergiebedarf wird um durchschnittlich 30 Prozent gesenkt.
- ❖ Neubauten: Die energetischen Anforderungen an die Wärmedämmung der Gebäudehülle werden um durchschnittlich 15 % erhöht, das heißt, die Wärmedämmung der Gebäudehülle muss durchschnittlich 15 % mehr leisten als bisher.
- ❖ Altbau-Modernisierung: Bei der Modernisierung von Altbauten mit größeren baulichen Änderungen an der Gebäudehülle werden die Bauteilanforderungen um durchschnittlich 30 Prozent verschärft (z.B. Erneuerung der Fassade, der Fenster, des Dachs).
- ❖ Alternativ kann der Bauherr sich dafür entscheiden, auf das 1,4fache Neubau-Niveau zu sanieren. Dies betrifft die Anforderungen an den Jahres-Primärenergiebedarf und an die Wärmedämmung der Gebäudehülle.
- ❖ Die Anforderungen an die Dämmung oberster nicht begehbare Geschossdecken (Dachböden) werden verschärft. Oberste begehbare Geschossdecken müssen bis Ende 2011 eine Wärmedämmung erhalten. In beiden Fällen genügt aber auch eine Dämmung des Daches.
- ❖ Für Klimaanlage, die die Feuchtigkeit der Raumluft verändern sollen, wird eine Pflicht zum Nachrüsten von Einrichtungen zur automatischen Regelung der Be- und Entfeuchtung vorgesehen.
- ❖ Nachtstromspeicherheizungen, die älter als 30 Jahre alt sind, sollen in größeren Gebäuden außer Betrieb genommen werden und durch effizientere Heizungen ersetzt werden.  
Dies betrifft Wohngebäude mit mindestens sechs Wohneinheiten und Nichtwohngebäude mit mehr als 500 Quadratmetern Nutzfläche. Die Pflicht zur Außerbetriebnahme soll stufenweise zum 1. Januar 2020 einsetzen. Es besteht keine Pflicht, wenn das Gebäude das Anforderungsniveau der Wärmeschutzverordnung 1995 erfüllt, der Austausch unwirtschaftlich wäre oder öffentlich-rechtliche Vorschriften den Einsatz von elektrischen Speicherheizsystemen vorschreiben (z. B. Festsetzungen in Bebauungsplänen).
- ❖ Maßnahmen zum Vollzug der Verordnung werden verstärkt: Bestimmte Prüfungen werden den Bezirksschornsteinfegermeistern übertragen und Nachweise bei der Durchführung bestimmter Arbeiten im Gebäudebestand - so genannte Unternehmererklärungen - eingeführt. Außerdem werden einheitliche Bußgeldvorschriften eingeführt. Verstöße gegen bestimmte Neu- und Altbauanforderungen der EnEV und die Verwendung falscher Daten beim Energieausweis werden als Ordnungswidrigkeit geahndet.



## Heizkostenabrechnung: Neue Verordnung

Am 1. Januar 2009 ist die neue Heizkostenverordnung in Kraft getreten. Sie enthält nur wenige Neuregelungen und hat es versäumt, wichtige und überfällige Punkte zu klären. Im Kern enthält die Heizkostenverordnung folgende Neuregelungen:

Mitteilung des Ableseergebnisses: "Das Ergebnis der Ablesung soll dem Nutzer in der Regel innerhalb eines Monats mitgeteilt werden. Eine gesonderte Mitteilung ist nicht erforderlich, wenn das Ableseergebnis einen längeren Zeitraum in den Räumen des Nutzers gespeichert ist und von diesem selbst abgerufen werden kann" (§6, Abs.1, Sätze 2 bis 4). Kritikpunkte: Eine mündliche Information dürfte an dieser Stelle nicht ausreichen. Darüber hinaus regelt die Verordnung nicht, wie ein Verstoß gegen diese Vorschrift geahndet wird.

Änderung des Umlagemaßstabes: Der Gebäudeeigentümer kann den Umlagemaßstab jederzeit korrigieren. Er muss dies den Mietern vor Beginn der Abrechnungsperiode mitteilen. Festlegung des Umlagemaßstabs: In älteren, schlecht gedämmten Gebäuden sind 70 Prozent der Wärmekosten nach dem Verbrauch abzurechnen. Ausgenommen davon sind Gebäude, die mit Fern- und Nahwärme beheizt werden und Häuser mit freiliegenden Heizleitungen, sogenannte Rohrwärmefälle. Dort ist laut Heizkostenverordnung ein Verteilschlüssel 50:50 sachgerecht. Angemessen und sachlich richtig wäre genau die umgekehrte Festlegung gewesen: 70 Prozent der Kosten verbrauchsabhängig für gut gedämmte Gebäude.

Warmwasser vorrangig über Wärmezähler: Ab 2014 muss der auf Warmwasser entfallende Wärmeanteil durch einen Wärmemengemesser erfasst werden. Warmwasserschätzung: Wenn die Wärmemengenmessung für Warmwasser mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden ist, darf der Verbrauch wie bisher auf der Basis des Warmwasservolumens geschätzt werden.

Ausnahme für Passivhäuser: Bei sehr gut gedämmten Häusern ist der Einfluss auf den (sehr geringen) Energieverbrauch gering. Der Aufwand für die verbrauchsabhängige Abrechnung kann durch die Energieeinsparung nicht mehr erwirtschaftet werden.

Ausnahme für energiesparende Heiztechnik: Wenn Gebäude mehr als zur Hälfte durch Solarenergie, Wärmepumpe oder Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen beheizt werden, besteht keine Pflicht zur verbrauchsabhängigen Abrechnung. Die früher vorgeschriebene behördliche Ausnahmegenehmigung ist in der neuen Verordnung nicht mehr enthalten.

ENERGIEDEPESCHE - 1 - März 2009



## Solarkraftwerk Kobern-Gondorf: Neuer Eigner

Bei seiner Einweihung vor 20 Jahren war es eine Sensation. Das Solarkraftwerk an der Untermosel. Nun ist es in die Jahre gekommen. Nach Besitzerwechsel und Modernisierung soll seine Bedeutung steigen.

Das früher größte Solarkraftwerk Europas hat einen neuen Eigentümer: Die Andernacher Firma Viva Solar wird die Anlage oberhalb von Kobern-Gondorf nicht nur betreiben, sondern zur ursprünglichen Leistungsstärke zurückführen. Dazu ist es allerdings erforderlich, die im November 1988 vollendete Fotovoltaik-Großanlage auf Vordermann zu bringen. Die gibt zwar nach wie vor Strom ins Netz ab, doch müssen jetzt erst einmal eine Reihe von beschädigten Solarmodulen ausgewechselt - und später aufbereitet werden, um die maximale Leistung aus dem Kraftwerk herauszuholen.

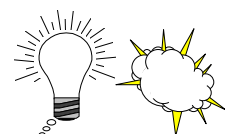
Die modernisierte Anlage liefert dann Energie, um 100 Haushalte ganzjährig mit Strom zu versorgen - und das, obwohl das Werk als Versuchsanlage konzipiert war. "Auch wir werden das Solarkraftwerk für Testzwecke verwenden", so Norbert Mülligann, einer der vier geschäftsführenden Gesellschafter von Viva Solar.

Der Handwerksbetrieb will nun auf dem Gelände in der Nähe des Sonnenhofs vor allem neue Generationen von Solarmodulen auf ihre Leistungsfähigkeit und Langlebigkeit hin untersuchen. Die ersten "Tische" für die Solarmodule wurden bereits neu bestückt. Im Mai wollen die Andernacher mit Informationsveranstaltungen ganz gezielt an die Öffentlichkeit gehen. Mit gutem Grund: Es kommt nicht alle Tage vor, dass ein Handwerksbetrieb in die Fußstapfen eines Stromriesen tritt. Gut zwei Monate ist es jetzt her, dass die Viva Solar das Sonnenkraftwerk vom RWE-Konzern erworben hat. Der hatte die Anlage ausgeschrieben - letztendlich gab die große Erfahrung der Andernacher auf dem Gebiet der regenerativen Energien den Ausschlag: Als sie 1993 an den Start gingen, gab es zwischen Bonn und Mainz keine Mitbewerber, die in ähnlichen Dimensionen arbeiten. Heute, 16 Jahre später, hat das Unternehmen - auch infolge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) - eine so gute Entwicklung genommen, dass man das Großprojekt in Ruhe in Angriff nehmen kann.

"Das wird sich rechnen", ist Norbert Mülligann überzeugt. Denn das EEG garantiert den Andernachern, dass sie für die Einspeisung des von ihnen erzeugten Stroms eine Vergütung erhalten, die die Anlage auch wirtschaftlich interessant macht. Mit der Aufgabe des Solarkraftwerks hat sich die RWE-Gruppe übrigens nicht von der Sonnenenergie verabschiedet.

Der Konzern hat sich nur auf neue, größere Anlagen in Südeuropa konzentriert. Deshalb fiel schließlich die Entscheidung, sich von den deutschen Forschungsanlagen zu trennen.

Rhein-Zeitung vom 21.4.09



## Umstrittenes Windrad bleibt abgeschaltet

Das seit rund einem Jahrzehnt durch alle Instanzen umstrittene Windkrafttrad in der Nähe des Eschelbacherhofes in der Verbandsgemeinde Baumholder bleibt weiterhin außer Betrieb. Dies hat das Verwaltungsgericht Koblenz entschieden (Aktenzeichen 1 K 565/08.KO). Der Betrieb des Rade, wäre mit dem Gebot der Rücksichtnahme nicht zu vereinbaren, urteilten die Richter. Die Drehbewegung der Windkraftanlage, die nur gut 300 Meter vom nächsten Wohnhaus entfernt steht, bedeute eine "unzumutbare optisch bedrängende Wirkung" und eine starke Geräuschbelastung.

Das 85 Meter hohe Rad ist Teil der Windkraftanlage "Mettweiler I". Sein Bau war Ende der 90er Jahre genehmigt worden. Nach Inbetriebnahme hatte Landwirt Karlheinz Gisch die Aufhebung der Genehmigung erwirkt. Er setzte sich dabei in allen Instanzen bis zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig durch. Noch vor dieser höchstrichterlichen Entscheidung im Sommer 2007 und anschließender Stilllegung des Windrades hatte der Betreiber einen neuerlichen Antrag auf Zulassung gestellt. Der Landkreis Birkenfeld versagte die Genehmigung. Die vom Betreiber dagegen angestrebte Klage blieb erfolglos. Ein Antrag auf Zulassung der Berufung beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz ist möglich.

Rheinpfalz vom 27.1.09

## Windenergie: USA stoßen Deutschland vom Thron

Die US-amerikanische Windenergiebranche hat den Top-Standort Deutschland von seiner Weltmarktführerschaft abgelöst. Mit einer neu installierten Leistung von 8.300 Megawatt (MW) im Vorjahr katapultieren sich die Vereinigten Staaten auf eine installierte Gesamtleistung von 25.170 MW, wie die American Wind Energy Association (AWEA) mitteilt. Deutschland hinkt dagegen mit einer Gesamtleistung von 23.902 MW erstmals hinterher. "Deutschland hat kein Standortproblem", meint Ulf Gerder, Sprecher des Bundesverbands WindEnergie (BWE), auf Anfrage von presstext. Allerdings hatte der Markt in den vergangenen zwei Jahren mit einer zu niedrigen Vergütung zu kämpfen, weshalb der Ausbau neuer Anlagen einknickte.

Günstige Standortbedingungen und politische Vorkehrungen beschleunigen das enorme Marktwachstum der Windenergiebranche in den USA. So hatte der Sektor bereits vor Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama gehörigen Aufwind. Aus dem 825 Mrd. Dollar schweren Konjunkturpaket stellen die USA der Branche nun weitere Mittel in Aussicht, womit die erworbene Marktführerschaft deutlich ausgebaut werden kann. "Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die seit Jahresbeginn in Kraft ist, sorgt auch in Deutschland für bessere Rahmenbedingungen. Damit ist ein steigender Zubau von Windkraftanlagen zu erwarten", erklärt Gerder. Bis 2020 sollen Erneuerbare Energien dem BWE zufolge mit einem Anteil von rund 47 Prozent beinahe die Hälfte des bundesweiten Strombedarfs decken.



Deutsche Windkraftunternehmen haben das lukrative Geschäft im Ausland längst erkannt und setzen zunehmend auf Export. "Windenergie unterliegt weltweit einer enormen Nachfrage und deutsche Unternehmen bedienen die ausländischen Märkte äußerst erfolgreich", so der Experte. Eine Abwanderung von Unternehmen und Arbeitsplätzen sei dennoch nicht zu befürchten. "Der Aufbau von Standorten im Ausland erfolgt zusätzlich zu den Werken im Inland", betont Gerder auf Nachfrage von presstext. Der deutsche Markt sei nach wie vor stark genug, um die Unternehmen und ihre Arbeitsplätze zu halten. Mit einem Jobmotor, der hierzulande bereits für rund 250.000 Stellen sorgte, liegt Deutschland weiterhin mit Abstand vor den USA.

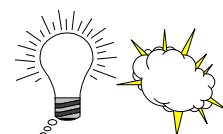
Die US-amerikanische Windenergiebranche hat angesichts des Trends zu Erneuerbaren Energien allerdings bereits die dortige Kohleindustrie als Arbeitgeber überholt. Der Boom hat im Vorjahr mit einem Plus von 70 Prozent gegenüber 2007 zu einem rasanten Anstieg der Arbeitsplätze geführt. Zwar verhielten sich die Belegschaftszahlen der US-Kohleindustrie in den vergangenen Jahren stabil. Mit rund 85.000 Jobs stellt der Sektor Windkraft die Kohleminen mit nur 81.000 Stellen jedoch in den Schatten, was den enormen Boom im Bereich Erneuerbare Energien verdeutlicht.

## **Neue Klimastudie erhöht Druck auf die USA**

Die Europäische Union hat im Streit mit den USA und China um ein neues weltweites Klimaschutzabkommen Rückendeckung aus der Industrie bekommen. Der Kampf gegen die Erderwärmung werde bis 2020 mit ca. 600 Mrd. Euro nicht mehr kosten als das jüngste US-Konjunkturpaket, heißt es in einem neuen Klimabericht, den die Unternehmensberatung McKinsey am Montag in Brüssel vorstellte. Ein Großteil der Investitionen könne durch Energieeinsparung erwirtschaftet werden, so dass sich die Gesamtkosten auf weniger als ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzen ließen, sagte McKinsey-Direktor Tomas Nauc er.

Diese Schätzung liegt deutlich unter den Zahlen des sogenannten Stern-Bericht, mit dem der britische  konom Nicholas Stern 2006 die Welt aufgerüttelt hatte. Auf 5,5 Billionen Euro oder 20 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung könnten sich die ökonomischen Folgen des Klimawandels schlimmstenfalls summieren, hieß es in dem Report für die britische Regierung. Die Kosten für den Klimaschutz bezifferte Stern damals auf rund ein Prozent der Wirtschaftsleistung - laut Nauc er könnte jedoch schon etwas mehr als die Hälfte ausreichen.

Voraussetzung sei allerdings, dass es schnell zu einer Einigung auf globale, sektorübergreifende Maßnahmen komme, so der Experte. Neben der EU, den USA und China müssten auch die Schwellenländer zum Klimaschutz beitragen. "Wir brauchen einen weltweiten New Deal", sagte Nauc er dem Handelsblatt. Dies sei mehr als ein neues Klimaabkommen, wie es die Uno bei der Weltklimakonferenz in Kopenhagen im Dezember dieses Jahres anstrebt. Es gehe darum, "aggressiv" alle möglichen Klima-



schutzstrategien zu verfolgen. Dazu gehören neben Energieeinsparung und dem Ausbau erneuerbarer Energien auch die Atomkraft.

Der McKinsey-Bericht wurde von Unternehmen wie Enel, Shell, Vattenfall und Volvo gesponsert. Die EU-Kommission begrüßte die Ergebnisse. Die EU hatte sich im Dezember auf ein eigenes Programm zum Klimaschutz geeinigt. Dabei war sie weit auf die Industrie zugegangen. Am Mittwoch will die Kommission nun ihre Strategie für die Klimakonferenz in Kopenhagen vorstellen. Dabei will sie vor allem die USA zu unterschiedlichen Schritten auffordern.

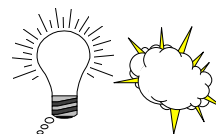
Der neue US-Präsident Barack Obama hat bereits angekündigt, die unter seinem Amtsvorgänger George W. Bush eingenommene Bremserrolle beim Klimaschutz zu beenden. Obamas Ziel ist es, den Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) in den USA bis 2020 auf das Niveau von 1990 zu drücken. In Amerika soll zudem ein System des Emissionshandels aufgebaut werden, wie es in Europa existiert. In den kommenden zehn Jahren will der Staat mit Investitionen von 150 Mrd. Dollar einen umfassenden ökologischen Umbau der Wirtschaft antreiben.

Auch die EU plant neue Maßnahmen. In einem Entwurf der Kommission werden Investitionen in den Klimaschutz in Höhe von 175 Mrd. Euro pro Jahr bis 2020 gefordert. Außerdem spricht sich die Brüsseler Behörde dafür aus, den Flug- und Seeverkehr in den Handel mit Emissionsrechten einzubeziehen. Die Vorschläge seien jedoch umstritten und könnten bis Mittwoch noch geändert werden, hieß es gestern in Brüssel. Entscheidend sei, die Amerikaner in den Klimaschutz einzubeziehen, betonte Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Die EU werde sich auch bemühen, China, Indien und Brasilien einzubeziehen.

Ähnlich äußerte sich McKinsey-Experte Naucmér. Die Maßnahmen zum Klimaschutz könnten nur greifen, wenn sie weltweit koordiniert werden. "Ohne gezielte und abgestimmte Aktionen ist es unwahrscheinlich, das wir das volle Klimaschutz-Potential erreichen", sagte er. Entscheidend sei auch das richtige Timing. Selbst wenn es schon im Jahr 2010 zu globalen Anstrengungen kommen sollte, ließe sich das Ziel, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, nur schwer durchsetzen. Die Herausforderung werde mit jedem Jahr größer, und der Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft schwerer, warnte der Experte.

Die Autoren der Studie beschreiben 200 Wege, über die sich die weltweiten Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40 % gegenüber 1990 verringern ließen. So könnten mit dem Ausbau von Wind-, Wasser- und Sonnenkraft 14 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> abgebaut werden. 30 % des Strombedarfs könnten bis 2030 aus erneuerbaren Energien gedeckt werden, heißt es in dem Bericht.

Handelsblatt vom 27. Januar 2009



## Preisgleitklauseln bei Gas unwirksam

Der Kartellsenat des Oberlandesgerichts Koblenz hat die Preisanpassungsklauseln, sogenannte Preisgleitklauseln, in dem Sondervertrag eines Kunden der Energieversorgung Mittelrhein (EVM) für unwirksam erklärt. Im Energiewirtschaftsrecht sind Sonderverträge all jene Lieferverhältnisse, die vom Grundtarif durch besondere Konditionen abweichen.

Der Kartellsenat wertete den schlichten Vermerk in einem Gasliefervertrag, dass sich der Preis für den Verbraucher dann erhöht, wenn der Bezugspreis für den Versorger steigt, als nicht verständlich und unklar. Deshalb sind auch alle Preiserhöhungen der EVM seit Bestehen des Liefervertrages ab dem Zeitpunkt ungültig, an dem der Kunde die Erhöhungen gerügt hatte. Die Erhöhungen in der Zeit vor dem Widerspruch hält das Gericht allerdings für wirksam. Für den Senat bedeutet die widerspruchlose Zahlung des Gaspreises ein stillschweigendes Einverständnis mit dem Preis.

Für Rechtsanwalt Oliver Mogwitz sind auch die Preiserhöhungen vor dem von seinem Mandanten eingelegten Widerspruch unwirksam: "Die vorbehaltlose Zahlung des Gaspreises, durch einen Nichtjuristen kann nicht bedeuten, dass er den Gaspreis billigt." Mogwitz leuchtet nicht ein, dass ein Kunde, der nicht weiß, dass er die Rechtmäßigkeit eines Gaspreises per Gericht feststellen lassen kann, diesen Preis billigt, indem er zahlt. Da der Kartellsenat in Koblenz die Revision vor dem Kartellsenat des Bundesgerichtshofs zugelassen hat - das Urteil somit nicht rechtskräftig ist -, will Anwalt Mogwitz dort noch mal seine Sicht der Dinge darlegen.

Christian Schröder, Marketingleiter der EVM, ist zufrieden: "Das Gericht hat die Mechanik der Preisänderung in unseren alten Verträgen kritisiert, die Höhe unseres Preises aber gebilligt." Für Schröder ist das Urteil "eine Einzelfallentscheidung" und lässt sich nicht pauschal auf andere Fälle übertragen. Dagegen sieht Energierechtsexperte Mogwitz für Kunden, deren Lieferverträge Preisanpassungsklauseln enthalten, und die gegen Preiserhöhungen formlos Widerspruch eingelegt haben, gute Chancen, Rückerstattungen vor Gericht einzuklagen.





## Münchener Rück drängt auf Klimaschutzpolitik

Die Assekuranz schlägt Alarm. Die globale Rezession droht, den Kampf gegen den Klimawandel von der politischen Agenda zu verdrängen. Der macht aber keine Pause, sondern beschleunigt sich ganz im Gegenteil noch weiter.

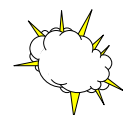
Temperaturmäßig sieht es für Rosenheim nicht so gut aus", sagt Andreas Siebert nach seinem letzten Mausklick trocken. "Dunkelrot, Hitzewellen", beschreibt der für den Globus der Naturgefahren zuständige Projektleiter der Münchener Rück das auf dem Monitor entstandene Bild rund um die südbayerische Stadt für das Jahr 2090. Der Blick in die Zukunft ist für Risikoforscher wichtig, wenn sie für einen global führenden Assekuranz-Konzern arbeiten und Policen kalkulieren.

Die Experten der Münchener Rück gelten in diesem Punkt als weltweit führend. Ihre aktuelle Botschaft ist düster. Die Schäden aus Naturgefahren steigen derzeit um 8 Prozent pro Jahr, haben sie herausgefunden. Nur die Hälfte davon geht auf das Konto global steigender Konzentrationen von Sachwerten. "Für 3 bis 4 Prozent ist der Klimawandel verantwortlich", stellt Münchener-Vorstand Torsten Jeworrek klar. Da Naturgefahren weltweit zuletzt etwa 100 Milliarden Dollar an volkswirtschaftlichen Schäden verursacht haben, vernichtet der eskalierende Klimawandel also jedes Jahr Werte im Umfang einiger Milliarden Dollar zusätzlich, Tendenz steigend.

Ihren auf DVD gepressten Naturgefahrenglobus sehen die Forscher der Münchener Rück als neues Standardwerk zur Beurteilung klimabedingter Risiken, die in der jetzigen Neuauflage erstmals enthalten sind. Deutlich werde darin eine dramatische Zunahme von Überschwemmungen, Hitzewellen und Bränden durch ein sich rasant veränderndes Klima, erläutert der Chef-Risikoforscher der Münchener Rück, Peter Höppe. Seit Mitte der 70er Jahre hätten die Experten seiner Abteilung das vermutet. In den letzten Jahren ist es Gewissheit geworden.

Seit Mitte der 80er Jahre habe sich die Zahl großer Naturkatastrophen mit über einer halben Milliarde Dollar Schäden und mehr als 500 Toten auf 30 pro Jahr verdreifacht, referiert Höppe. Klimabedingte Katastrophen hätten dabei die höchste Steigerungsrate. Allen politischen Lippenbekenntnissen zum Trotz werde es nicht besser. Um 35 Prozent habe der Ausstoß von Treibhausgasen in diesem Jahrzehnt zugenommen, viermal mehr als in den zehn Jahren zuvor.

An den Küsten der USA sei die Assekuranz deshalb nun bei Hurrikanen an die Grenzen der Versicherbarkeit gekommen, stellte Jeworrek klar. Betroffen seien vor allem die US-Bundesstaaten Texas und Florida, wo für neue Werte keine Deckung mehr zu finden sei. Im Rest der Welt schlage der Klimawandel durch steigende Prämien zu Buche. Im Schnitt seien es 3,5 Prozent pro Jahr mehr und zwar etwas weniger in Europa, dagegen etwas mehr in den USA und in Asien. Verhindert werden müsse, dass weitere versicherungsfreie Zonen irgendwo auf der Welt entstehen, warnte Jeworrek.





Beim Klimagipfel Ende 2009 in Kopenhagen müsse deshalb politisch Ernst gemacht werden, fordert der Versicherer, der letztlich für viele Schäden aufkommen muss. Bis 2050 müssten die Treibhausgase, die in die Luft geblasen werden, global halbiert und in den Industrieländern um 80 Prozent reduziert werden. Wegen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sei er aber skeptisch geworden, dass sich wirklich etwas ändere, gesteht Jeworrek. In den USA, Deutschland und anderswo würden derzeit Milliardensummen zum Feuerlöschen in die Wirtschaft gepumpt. Klimaschutz als wichtigstes Ziel gerate dabei in den Hintergrund. Eine größere Sorge als den Klimawandel sollten die Politiker dieser Welt aber nicht haben, sagt Jeworrek.

Demgegenüber klaffe die Schere zwischen gesicherten Erkenntnissen zum Klimawandel und dem Kampf dagegen immer weiter auseinander. "Man kann nicht so tun, als sei die Frage nur, wer den Schaden bezahlt, kritisiert der Assekuranz-Manager im Namen seiner Branche. Denn am Ende zahle nicht die Versicherungswirtschaft, sondern die Gesellschaft den Preis für politische Untätigkeit.

Rheinpfalz vom 20.2.09

## **Gletscher schmelzen in hohem Tempo weiter**

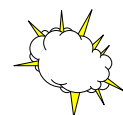
Die Gletscher schmelzen weltweit in hohem Tempo weiter. Ihre Eisdicke wurde 2007 im Durchschnitt mehr als 70 Zentimeter dünner, wie die Universität Zürich gestern mitteilte.

In den Alpen verloren einzelne Gletscher rund drei Meter an Dicke. Die Zahlen des Gletscherbeobachtungszentrums an der Universität Zürich, dem "World Glacier Monitoring Service", bestätigten den weltweiten Trend der Eisschmelze seit 1980.

Die Daten von mehr als 80 Gletschern zeigen, dass der durchschnittliche Rückgang der Eisdicke im Jahr 2007 rund 73,7 Zentimeter betrug. Dramatische Eisverluste wurden in den europäischen Alpen registriert, etwa am Careser in Italien mit rund drei Metern, am Sarnes in Frankreich mit 2,75 Metern oder am österreichischen Sonnblickkess mit 2,4 Metern. In der Schweiz verloren der Griesgletscher im Wallis knapp 1,9 Meter und der Bündner Silvrettagletscher 1,4 Meter an Dicke.

Durchschnittlich fiel der Eisverlust im Jahr 2007 nicht so extrem aus wie im Vorjahr. Trotzdem ist nach Aussage des Glaziologen Michael Zemp 2007 das sechste Jahr dieses Jahrhunderts, in dem der durchschnittliche Eisverlust der Gletscher mit langen Messreihen einen halben Meter übersteigt. "Damit hat sich die Schmelzrate der 1980er und 1990er Jahre mehr als verdoppelt", sagte Zemp. Insgesamt verloren die Gletscher mit langen Messreihen, bei denen es sich um 30 Gletscher in neun Gebirgsregionen handelt, seit 1980 im Schnitt über zwölf Meter an Dicke.

Rheinpfalz vom 30.1.09



## Hubraum und CO<sub>2</sub> bestimmen KfZ-Steuer

Der Ausstoß von Kohlendioxid soll ab Juli stärker berücksichtigt werden bei der Besteuerung von Kraftfahrzeugen. Aber der gestern gefundene Kompromiss bringt keine radikale Reform. Und nur Neuwagen sind betroffen.

Nach mehrjährigem Ringen in Regierung und Parteien ist der Weg für eine neue, umweltgerechtere Kfz-Steuer frei. Die Koalition verständigte sich gestern Abend auf eine verstärkte Ausrichtung am Ausstoß von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) der Autos. Das bestätigte das Finanzministerium in Berlin.

Danach werden Besitzer umweltfreundlicher und spritsparender Fahrzeuge entlastet, nicht aber die Besitzer besonders großer Wagen. Damit die Steuer nun noch wie geplant im Juli in Kraft treten kann, will das Bundeskabinett sie noch heute billigen.

Noch in der vergangenen Woche waren Vorschläge aus dem Bundesfinanzministerium unter anderem auf Widerstand im Umweltministerium gestoßen, da danach nicht nur Kleinwagen, sondern besonders schwere Geländewagen entlastet worden wären. Vertreter von Regierung und Koalition bestätigten nun die Einigung auf ein leicht verändertes Modell, das große Spritfresser stärker belastet.

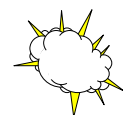
Es ist aber weiter eine Mischung aus der früheren Steuer nach Hubraum und einer CO<sub>2</sub>-Abgabe und gilt nur für Neuwagen: Je 100 Kubikzentimeter CO<sub>2</sub> sind dann bei Benzinern zwei Euro fällig, bei Diesel-Fahrzeugen 9,50 Euro. Auf die zuletzt diskutierte Obergrenze, die schwere Wagen entlastet hätte, wurde verzichtet. Darüber hinaus muss für jedes Gramm CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kilometer noch einmal zwei Euro bezahlt werden, sofern der Wagen die Grenze von 120 Gramm überschreitet. Dies gilt für Diesel wie Benzinern. Ein VW-Golf mit 1,4 Liter Hubraum wird als Benzinern so künftig mit 86 Euro statt 94 Euro pro Jahr besteuert. Ein schwerer Audi A8 kostet als Diesel nun 657 Euro statt 648 Euro.

Als Begründung für die Koppelung von CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Hubraum wurden soziale Gründe genannt. Bei einer reinen Orientierung am Schadstoffausstoß wären die vor allem von Familien genutzten Mittelklasse-Wagen stärker als bisher besteuert worden. Deutsche Hersteller sind in der Mittelklasse zudem besonders stark vertreten.

Laut Finanzministerium bleibt es bei Mindereinnahmen gegenüber der jetzigen Kfz-Steuer von insgesamt 1,82 Milliarden Euro bis 2014.

Eine Liste, wie gängige Automodelle künftig besteuert werden, steht im Internet unter [www.bmf.bund.de](http://www.bmf.bund.de)

Rheinpfalz vom 27.1.09



## Lobbyismus beim Emissionshandel

Selten lesen sich politikwissenschaftliche Studien wie ein Krimi. Dem Berliner Nachwuchswissenschaftler Matthias Corbach ist das Kunststück gelungen. Er zeigt, wie von 2005 bis 2007 die deutsche Energieindustrie Milliarden Euro als Gewinn einstrich, die eigentlich für den Schutz des Klimas bestimmt waren.

Der Trick lief über den Emissionshandel, der als Instrument für den Klimaschutz gedacht war. Jede Tonne CO<sub>2</sub> soll über ihn einen Preis erhalten, so lohnen sich Einsparungen. Doch die Energieversorger (EVUs) schafften es, nicht nur CO<sub>2</sub>-Zertifikate kostenlos zu erhalten, sondern diese auch noch an ihre Kunden weiterzuverkaufen und den Gewinn zu behalten. Wie Ihnen das gelang, erklärt Matthias Corbach im Interview.

*Herr Corbach, Sie haben für Ihre Arbeit interne Protokolle der Arbeitsgruppe Emissionshandel und von einflussreichen Staatssekretärsrunden genutzt. Wie sind Sie an diese brisanten Dokumente herangekommen?*

Mir ging es darum, die Einflussmöglichkeiten der deutschen Stromwirtschaft auf den politischen Prozess am Beispiel der Einführung des Emissionshandels möglichst detailliert zu analysieren. Dafür waren die Protokolle sehr hilfreich. Wie ich sie erhalten habe, kann ich nicht verraten.

*Was hat die deutsche Stromwirtschaft durch ihre Lobby-Bemühungen in den von Ihnen untersuchten Jahren 2000 bis 2004 erreicht?*

Die Stromkonzerne haben ihre Vorstellungen weitestgehend durchgesetzt. Auch wenn sie es nicht geschafft haben, den Emissionshandel als Ganzes auf EU-Ebene zu verhindern, wurde er in Deutschland so ausgestaltet, dass ihre ökonomischen Interessen vor allem in der ersten Handelsperiode von 2005 bis 2007 nicht gefährdet waren. Sie konnten sogar weiterhin in besonders klimaschädliche Kohlekraftwerke investieren. Darüber hinaus ist es ihnen gelungen am Emissionshandel Geld zu verdienen.

*Wie genau gelang das?*

Es wurden mehr Emissionszertifikate verteilt als benötigt wurden. So konnte kein Handel zustande kommen. Außerdem wurden in der ersten Handelsperiode sämtliche Zertifikate kostenlos ausgegeben, von den Energiekonzernen aber in die Strompreise einbezogen. Sie haben also die Stromverbraucher für etwas zahlen lassen, was sie selbst unentgeltlich erhielten und so viel Gewinn erzielt.

*Welche Akteure steckten dahinter?*

In erster Linie waren das die vier großen Energieversorgungsunternehmen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall. Sie agierten zusammen mit energieintensiven Branchen wie der Chemieindustrie. Unterstützt wurden sie unter anderem von einigen Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden. Auch das Bundeswirtschaftsministerium stand ihnen sehr wohlwollend gegenüber.



*Wer hat sich dagegen gewehrt?*

Auf der anderen Seite stand eine ökologische Allianz aus Bundesumweltministerium, Umwelt-NGOs wie dem WWF und dem BUND sowie einigen Politikern der Grünen und der SPD.

*Was ist die langfristige Folge der Torpedierung des Emissionshandels?*

Die Energieversorgung wird nicht ausreichend nach ökologischen Kriterien umstrukturiert. Um den Klimawandel aufzuhalten, muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoß vollständig heruntergefahren werden. Dazu sollte Energie effizienter genutzt und möglichst regenerativ erzeugt werden – eher in kleinen Blockheizkraftwerken und Windkraftanlagen als in großen zentralen Kohlekraftwerken. Es müsste eine dezentrale Energieversorgung aufgebaut werden. Aber genau das wird durch den Emissionshandel in seiner bisherigen Form torpediert, weil er weiterhin den Bau großer Kohlekraftwerke ermöglicht. Diese stoßen jedoch in erheblichem Umfang CO<sub>2</sub> aus. Und wenn sie 40 oder 50 Jahre lang betrieben werden, sind grundlegende Veränderungen in der Energieversorgung blockiert.

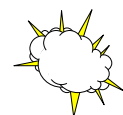
*Was kritisieren Sie daran?*

Es ist klimapolitisch keine Zeit mehr vorhanden, den angesprochenen Umbau der Energieversorgung hinauszuzögern, um die Gewinninteressen von Vattenfall oder RWE zu befriedigen. Dieser Umbau würde das Ende der deutschen Stromwirtschaft in ihrer heutigen Form bedeuten, weshalb er von den großen Energiekonzernen auch vehement bekämpft wird. An ihre Stelle könnten kommunale Stadtwerke und kleinere Energieversorgungsunternehmen treten. Möglich wären auch solidarische, genossenschaftliche Strukturen.

*Warum ist es der von Ihnen beschriebenen ökologischen Koalition nicht gelungen, den Emissionshandel zu einem wirksamen Klimaschutzinstrument zu machen?*

Ihr fehlte vor allem eine ausreichende Konfliktfähigkeit. Sie war nicht so breit aufgestellt wie ihr Gegner, der Energiekonzerne, Wirtschaftsverbände, einige Gewerkschaften und Vertreter mehrerer Parteien vereinte. Diese konnten mit Arbeitsplatzverlagerungen ins Ausland, Fabrikstilllegungen und der Verweigerung von Investitionen drohen oder Protestveranstaltungen organisieren. Die Umwelt-Koalition verfügte nicht über ein derartig breites Repertoire an Druckmitteln. Allgemein ist die Stromwirtschaft in der Lage, in politischen Auseinandersetzungen zusammen mit weiteren Akteuren ein ökonomisches sowie politisches Machtkartell zu bilden. Dieses kann den Gesetzgebungsprozess oftmals maßgeblich beeinflussen.

Das Parlament - 10.02.2009



## SGD Süd ignoriert weiterhin Umweltprobleme

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. kritisiert die Erteilung des Vorbescheides und des Planfeststellungsbeschlusses durch die SGD Süd an die KMW AG für die Errichtung eines Kohlekraftwerkes. Offensichtlich Umweltprobleme wurden nicht ausreichend berücksichtigt.

Beeinträchtigungen der Umwelt, die sich schon im Erörterungstermin im April zeigten und sich durch weitere Gutachten im Herbst dieses Jahr bestätigten, wurden nicht ausreichend berücksichtigt. Dies kann sich bei einer gerichtlichen Überprüfung der Genehmigung rächen.

So ist die Problematik der großen Wärmemengen, die in den Rhein eingeleitet werden sollen, noch ungelöst. Diese werden nach Ansicht der Gutachter einen erheblichen Einfluss auf das ökologische Gefüge des Rheines haben. Auch die vom Kraftwerk ausgehenden Stickstoffeinträge in das schon heute stark belastete Naturschutzgebiet „Mainzer Sand“ mit seinen schützenswerten Arten werden nicht ausreichend berücksichtigt.

Der BUND erwägt daher Widerspruch einzulegen und nötigenfalls den Klageweg einzuschlagen. Dafür werden die heute veröffentlichten Papiere sorgfältig geprüft werden.

Presseinformation vom 20. Januar 2009

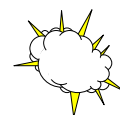
## Großkraftwerk Mannheim: Antrag auf früheren Baubeginn

Die Großkraftwerk Mannheim AG (GKM) will demnächst mit vorbereitenden Arbeiten für das neue Kohlekraftwerk beginnen und hat beim Regierungspräsidium Karlsruhe einen Antrag auf vorzeitigen Baubeginn gestellt. Nach Angaben eines Sprechers sollen auf dem Gelände für Block 9 alte Gebäude abgerissen und das ehemalige Grundstück einer Chemiefabrik saniert werden. Die Kosten dafür werden auf rund 1 Million Euro veranschlagt. Zudem will das Unternehmen Bäume fällen und erste Bohrfähle gründen.

Das neue Kohlekraftwerk für rund 1,2 Milliarden Euro soll 2013 in Betrieb gehen. Nach eigenen Angaben hat das GKM bereits etwa 125 Millionen Euro investiert. Derzeit läuft beim Regierungspräsidium das Genehmigungsverfahren. Mit einer Entscheidung wird bis zum Frühsommer gerechnet. Über den aktuellen Antrag wird laut einem Sprecher im Laufe der beiden nächsten Wochen befunden.

Umweltschützer kritisieren das Vorgehen. "Es kann nicht sein, dass das GKM Millionen-tausende Fakten schafft, ohne sich an den ordnungsgemäßen Ablauf des Verfahrens zu halten, sagte Matthias Weyand, Regionalgeschäftsführer des BUND Rhein-Neckar-Odenwald.

Rheinpfalz vom 1.4.09



## Fernwärme Speyer: Es gibt moderne Alternativen

Innerhalb der 60er und 80er Jahre wurde das Fernwärmenetz in Mannheim und Heidelberg massiv ausgebaut. Die Versorgung des Netzes übernahm hauptsächlich das Großkraftwerk Mannheim. Zum ersten Mal wurde hierbei Abwärme benutzt, die bei der Stromerzeugung entstand (Kraft-Wärme-Kopplung). Diese Entwicklung kann für die damalige Zeit als vorbildlich bezeichnet werden. Der Wirkungsgrad des Kraftwerkes wurde dadurch um zirka zwölf Prozent verbessert.

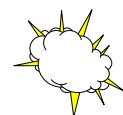
Jetzt zur heutigen Situation. Mit dem Speyerer Anschluss an das Fernwärmenetz wird der Brennstoffausnutzungsgrad seinen maximalen Wert von 47 Prozent erreichen. Über 50 Prozent der Wärme bleibt allerdings immer noch ungenutzt und wird an die Luft und in den Rhein abgegeben. Bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen liegt das Mannheimer Großkraftwerk mit 8 Millionen Tonnen pro Jahr in der Spitzengruppe der Emittenten in Deutschland. Nimmt man noch den geplanten Block 9 mit einer Leistung von 910 MW hinzu, so erhöht sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß trotz Abschaltung der ins Alter gekommenen Blöcke 3 (Baujahr 1966 - Leistung 220 MW) und 4 (Baujahr 1970 - Leistung 220 MW) um 2 Millionen Tonnen pro Jahr.

Bei diesen Zahlen nehmen sich die 15.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr, die bei der Abschaltung des Speyerer Heizkraftwerkes wegfallen, mehr als bescheiden aus. Im Klartext heißt das: der Bau eines einzigen Kohlekraftwerkes macht mit seinem enormen Treibhausgasausstoß Hunderte anderer Einzelmaßnahmen zum Klimaschutz zunichte. Hinzu kommt noch die Belastung unserer Atemluft mit verschiedenen Schadstoffen wie Feinstaub, Schwefeldioxid und so weiter. Diese Tatsachen müssten auch den Verantwortlichen der Speyerer Stadtwerke bekannt gewesen sein, als sie sich für die kommenden 20 Jahre für Fernwärme aus Mannheim und damit für die Verbrennung des fossilen Energieträgers Kohle entschieden.

Es gibt inzwischen moderne Alternativen, die die Erzeugung von Fernwärme wirklich umweltfreundlicher machen. Dazu gehören Gas- und Dampfkraftwerke (GuD) und dezentrale Blockheizkraftwerke, die mit Gas oder Biomasse betrieben werden. Blockheizkraftwerke haben durch Kraft-Wärme-Kopplung einen Wirkungsgrad von bis zu 90 Prozent, das heißt nur 10 Prozent der Abwärme bleiben ungenutzt. Außerdem können sie im Nahbereich eingesetzt werden, wodurch die Leitungsverluste minimiert werden. Einen weiteren entscheidenden Vorteil haben sie beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der nur ein Fünftel pro kWh Strom eines Kohlekraftwerkes beträgt.

Geht es tatsächlich um einen Energieversorger „der Umwelt zuliebe“, dann war die Entscheidung, Fernwärme aus Kohlekraftwerken zu beziehen, falsch.

Leserbrief von Roland Kirsch, Speyer, Mitglied des BUND in der Rheinpfalz vom 11.2.09 zu „Der Umwelt zuliebe lieber Fernwärme“, Rheinpfalz vom 5.2.09 Februar:





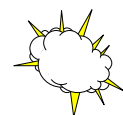
## Vorentscheidung für Kohlekraftwerk

Das umstrittene Mainzer Kohlekraftwerk darf unter Auflagen gebaut werden. Das entschied gestern die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Süd in Neustadt. Insbesondere beim Schadstoffausstoß und bei der Temperatur des in den Rhein eingeleiteten Uhlwassers muss die Antragstellerin, die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (IGM), engere Grenzen als vorgesehen einhalten. Kraftwerksgegner kündigten Klagen gegen den positiven Vorbescheid an.

Zu prüfen hatte die Behörde, ob die 823 Megawatt-Anlage, die ab 2012 das bestehende Gas- und Dampfkraftwerk ablösen soll, im Einklang mit dem Immissionsschutz- und dem Bauplanungsrecht steht. In einem parallel verlaufenden Verfahren untersuchte die SGD außerdem, ob das Kohlekraftwerk wasserrechtlich genehmigungsfähig sei. Bereits im Herbst hatte sich die KMW verpflichtet, den Schadstoffausstoß von Stickoxiden und Staub auf die Hälfte der beantragten Menge zu reduzieren. Dies sei im Vorbescheid noch einmal ausdrücklich festgelegt, sagte SGD-Sprecher Hannes Kopf. Automatisch würden damit die Schwermetallemissionen reduziert, die zum größten Teil als Staubinhaltsstoffe vorliegen. Erreicht würden die Reduzierungen über den Einsatz einer Katalysatorentechnik. Um wie viel die Bausumme von 1,2 Milliarden Euro dadurch höher wird, war gestern nicht zu erfahren.

Als Auflage ordnet die Behörde außerdem an, dass nur maximal 31 Grad Celsius warmes Wasser in den Rhein eingeleitet werden darf. Als Kühlwasser wird es zuvor dem Fluss entnommen. Beantragt hatte die KMW, Wasser mit einer Temperatur von 33 Grad einleiten zu dürfen. Für den Winter sei in den Antragsunterlagen keine besondere Einschränkung vorgesehen gewesen. Die Behörde machte jedoch zur Auflage, dass die Wassertemperatur dann maximal zehn Grad betragen darf. Hintergrund ist der Schutz des Gewässers als Wanderfischgebiet. Ein dritter strittiger Punkt betraf die Beeinträchtigung des Stadtbildes durch das Kraftwerk. Das Erscheinungsbild soll architektonisch und farbgestalterisch optimiert werden, heißt es in der Mitteilung. Kopf zufolge ist eine Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt vorgeschrieben.

Umweltministerin Margit Conrad (SPD) teilte gestern mit, die Genehmigungsbehörde habe ein sorgfältiges Verfahren durchgeführt und den Antrag intensiv geprüft. Für die Landesregierung seien Kohlekraftwerke derzeit als Übergangstechnologien vertretbar. Der Mainzer Oberbürgermeister Jens Beutel (SPD) sprach von einem positiven Signal für die Wirtschaftsregion und die Konjunktur. Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Gerd Schreiner, zugleich Mitglied des Mainzer Stadtrates, kündigte dagegen an, "alle rechtlichen Schritte zur Verhinderung dieses Klima-Killers zu prüfen". Die Mainzer CDU hatte das Kraftwerk zunächst befürwortet, sich im März vergangenen Jahres aber den Gegnern angeschlossen. Die Grünen bezeichneten die Genehmigung als Zeichen, dass sich Mainz vom Klimabündnis verabschiede. Die Mainzer Bürgerinitiative "KoMa Kohlefreies Mainz" kündigte konkret an juristisch gegen die Entscheidung für das Kraftwerk vorgehen zu wollen.



## Mainzer Kohlestreit: Stadtrat klagt

Im Streit um das geplante Kohlekraftwerk im Industriegebiet Ingelheimer Aue zieht der Mainzer Stadtrat vor das Verwaltungsgericht. Er klagt gegen eine Entscheidung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier (ADD), wie das Gericht gestern mitteilte. Zu einer Verhandlung werde es nicht vor Juli kommen, sagte Bernhard Wanwitz, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht, auf Anfrage.

Damit bleibt der Streit bis zur Kommunalwahl am 7. Juni ungeklärt. Die Klage hatte eine Stadtratsmehrheit aus CDU, Grünen, und ÖDP/Freien Wählern gegen die Stimmen von SPD und FDP erzwungen. Diese seit März vergangenen Jahres bestehende, informelle Allianz gegen das Kohlekraftwerk hatte im September 2008 beschlossen, für den Kraftwerksstandort einen Bebauungsplan aufzustellen, in dem eine Gebäudehöhe von maximal 40 Metern festgelegt werden sollte. Dies hätte das faktische Aus für das Steinkohlekraftwerk bedeutet. Oberbürgermeister Jens Beutel (SPD) setzte diese Beschlüsse aus, weil es sich um eine "unzulässige Verhinderungsplanung" handele. Der Stadtrat hatte daraufhin die ADD eingeschaltet, die vor einem Monat, die Position Beutels für rechtens erklärt hatte.

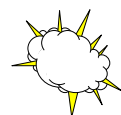
Die Kraftwerke Mainz Wiesbaden (KMW) wollen ab 2012 mit Steinkohle-Strom und Fernwärme erzeugen. Das 823-Megawatt-Kraftwerk soll ein bestehendes Gaskraftwerk ersetzen. Grund für den Wechsel des Brennstoffs sei die fehlende Verfügbarkeit von langfristigen Gaslieferverträgen zu wirtschaftlichen Bedingungen. Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd hatte im Januar einen Vorbescheid zugunsten des Kraftwerks erlassen. In der Bevölkerung ist der Kohlemeiler umstritten. Ein breiter Widerstand hat sich seit 2007 formiert. Die CDU, die zunächst alle Weichen für das Kraftwerk gestellt hatte, ist seit März 2008 zu den Gegnern gewechselt.

Rheinpfalz vom 20.2.09

## Auseinandersetzung um Kohlekraftwerk geht vor Gericht

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. hat heute Rechtsmittel gegen die Bescheide zur Errichtung des Kohlekraftwerks Mainz eingelegt. Das Vorgehen wird mit schwerwiegenden Verstößen gegen geltendes Umweltrecht begründet.

Der BUND hatte während des gesamten Genehmigungsverfahrens wiederholt auf gravierende Beeinträchtigungen der Umwelt infolge des Baus und Betriebs des Kohlekraftwerkes hingewiesen. „Die Hinweise wurden von der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd nicht mit der erforderlichen Sorgfalt berücksichtigt. Daher sehen wir uns zur gerichtlichen Überprüfung der Genehmigung gezwungen.“ erklärt Dr. Bernhard Braun (BUND-Landesvorsitzender).





Neben den riesigen Kohlendioxidemissionen, die vor dem Hintergrund des Klimawandels unverantwortlich sind, macht der BUND auch Naturschutzaspekte geltend. So sei die Problematik der großen Wärmemengen, die in den Rhein eingeleitet werden sollen, nach wie vor ungelöst. Diese werden nach Ansicht der Gutachter einen erheblichen Einfluss auf das ökologische Gefüge des Rheines haben. Daher legt der BUND bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Süd Widerspruch gegen die wasserrechtliche Erlaubnis zur Wasserentnahme und –einleitung ein.

Auch die vom Kraftwerk ausgehenden Stickstoffeinträge in das schon heute stark belastete Naturschutzgebiet „Mainzer Sand“ mit seinen schützenswerten Arten würden nicht ausreichend berücksichtigt. Daher legt der BUND bei der SGD Süd auch Widerspruch gegen den immissionsschutzrechtlichen Vorbescheid ein.

Mit der Vertretung seiner Belange wurde Rechtsanwalt Dirk Tessmer von der Kanzlei Philipp-Gerlach/Tessmer aus Frankfurt betraut. Da die Kanzlei über große Erfahrung im Rahmen derartiger Verwaltungsgerichtsprozesse verfügt, fühlt sich der Verband für das Verfahren bestens gerüstet.

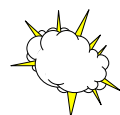
BUND-Presseinformation vom 26. Februar 2009

## **Kohlekraftwerk Mainz: Behörde genehmigt Bau**

Die Behörden haben grünes Licht für den Bau des umstrittenen Mainzer Kohlekraftwerks gegeben. Die für die Genehmigung zuständige Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Neustadt (SGD Süd) erteilte nun eine erste Teilgenehmigung und beschied mehrere Anträge der Bauherrin auf den Sofortvollzug von Vorbescheiden positiv. Damit sind die rechtlichen Voraussetzungen für den Beginn der Bauarbeiten gegeben. Unter Umständen kann der Baubeginn aber noch gestoppt werden. Dies gilt laut SGD Süd dann, wenn die Kraftwerksgegner Rechtsmittel gegen die Teilbaugenehmigung einlegen und ihr Antrag Erfolg hat. Dann könne es sein, dass das Oberverwaltungsgericht den Bau bis auf weiteres unterbindet.

Die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW) wollen das rund eine Milliarde Euro teure Kraftwerk auf der Rhein-Halbinsel Ingelheimer Aue bauen. Dagegen gibt es sowohl in Mainz als auch im benachbarten Wiesbaden erheblichen Widerstand. Mit dem Kraftwerksbau kann laut SGD Süd begonnen werden, obwohl gegen die Genehmigung für die Anlage, rund 40 Widersprüche bei der Behörde eingegangen waren.

Rhein-Zeitung vom 5.5.09



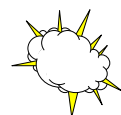
## Mehr Strom und weniger Kohlendioxid

Zu den politisch umstrittensten Projekten seit der Atomkraft gehört das Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg. Doch in Deutschland ist Moorburg kein Einzelfall. Derzeit seien sieben Kohlekraftwerke im Bau, teilte die Bundesregierung den Grünen mit (16/115 3 8). Dabei stehen andere Anlagen dem Kraftwerk Moorburg des Energiekonzerns Vattenfall, für das eine Nennleistung von 1.640 Megawatt angegeben wird, wenig nach. In Datteln im Kreis Recklinghausen (Nordrhein-Westfalen) baut Eon eine weitere Anlage mit einer Leistung von 1.100 Megawatt, die 2011 fertig gestellt sein soll. Mit 178 Metern Höhe wird der Kühlturm zum neuen Wahrzeichen der früheren Zechenstadt. Eine ganz andere Frage ist, ob Deutschland so viele Kraftwerke braucht. Denn 2007 wurden nach Angaben der Bundesregierung 19,1 Terawattstunden Strom ins Ausland exportiert - ein neuer Rekord. Eine Terawattstunde entspricht einer Milliarde Kilowattstunden.

Der Betreiber stellt natürlich die positiven Seiten der Höhen- und Leistungsrekorde der Anlage in Datteln in den Vordergrund. "In der Energietechnik ist Größe ein echter Vorteil", sagt Kraftwerkschef Matthias Hube. So steige der Wirkungsgrad in Datteln vom deutschen Durchschnittswert (38 Prozent) auf rund 46 Prozent. Und der Kohlendioxid-ausstoß werde in der Region um 20 Prozent sinken, weil zwei alte Anlagen abgeschaltet würden. Dennoch wird das Kraftwerk Datteln pro Jahr sieben Millionen Tonnen Kohlendioxid ausstoßen (zum Vergleich: Moorburg 8,5 Millionen Tonnen). Das seien aber eine bis 1,5 Millionen Tonnen pro Jahr weniger gegenüber dem Fall, dass die alten Anlagen in Betrieb bleiben würden. Für Kraftwerkschef Hube ist das "praktizierter Klimaschutz". Eon weist darauf hin, dass deutsche Kraftwerke im Durchschnitt 950 Gramm Kohlendioxid pro Kilowattstunde ausstoßen. In Datteln soll dieser Wert Dank neuer Technik auf 785 Gramm sinken.

Für die Politik ist das jedoch immer noch zu wenig. Daher müssen auch in Datteln auf dem 640.000 Quadratmeter großen Kraftwerksgelände Flächen für eine Anlage zur Abscheidung von Kohlendioxid vorgehalten werden, obwohl die Technik noch gar nicht baureif ist. Deutlich wird dies in einem Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (16/9896). Danach erfordert die Abtrennung des Kohlendioxids einen riesigen Energieaufwand. Der Wirkungsgrad eines Kraftwerks sinke dadurch um 15, der Brennstoffbedarf steige um 40, und die Kosten der Stromerzeugung dürften sich um 50 Prozent erhöhen. Für Hube wäre eine Abscheidung des Kohlendioxids nur dann sinnvoll, wenn es vorher zu erheblichen Effizienzsteigerungen in den Kraftwerken komme, das heißt, wenn der Wirkungsgrad auf über 50 Prozent erhöht werden kann.

Wo das Kohlendioxid gelagert werden könnte, ist eine andere Frage. Im Bericht des Ausschusses heißt es, das Gas könne in leeren Öl- und Gasfeldern gelagert werden.



## Zweifelhafte Messungen

Der Bundesverband Wärmepumpe ist als Mitglied im Bundesverband Energien aufgenommen worden. Beim 6. Forum Wärmepumpe in Berlin berichteten die Experten über neue Messungen von Jahresarbeitszahlen. So maßen Wissenschaftler vom Fraunhofer-Institut ISE 53 Anlagen in neuen Einfamilienhäusern. In Altbauten nahmen im Rahmen einer Studie von E.ON Experten 76 weitere Anlagen unter die Lupe. Die in den beiden Studien ermittelten Arbeitszahlen lagen dabei durchweg über den Messungen der einzigen nicht von der Stromwirtschaft finanzierten Untersuchung der Agendagruppe Lahr. Zu der von der Stromwirtschaft unterstützten Veranstaltung war die Agendagruppe nicht zum Vortrag eingeladen. Die Mittelwerte aller Messungen liegen unter den Mindestanforderungen für eine staatliche Förderung.

Jahresarbeitszahlen von Wärmepumpen, Stichprobe

Luftwärmepumpen	Erdwärmepumpen	Grundwasser-Wärmepumpen
Miara (Neubau): 3,0	Miara (Neubau): 3,7	Miara (Neubau): 3,5
Russ (Altbau): 2,7	Russ (Altbau): 3,3	Auer (k.A.): 3,0
Auer (Fußbodenh.): 2,8	Auer (k.A.): 3,4	
Auer (Radiatoren): 2,3		

Energiedepesche 01/09

## Steuerzahler muss für Asse aufkommen

Für das Atommülllager im niedersächsischen Asse ist in Zukunft der Bund verantwortlich. Damit muss der Steuerzahler die Kosten für das einsturzgefährdete Lager tragen. Eine entsprechende Novelle des Atomgesetzes wurde gestern mit den Stimmen von Union, SPD und FDP im Bundestag verabschiedet. Grüne und Linke kritisierten die Regelung scharf. Nach Angaben Michael Müllers, Staatssekretär im Umweltministerium, stammen über 90 Prozent des eingelagerten Abfalls aus öffentlichen Einrichtungen. Daher könnten die Energieunternehmen nicht zur Kasse gebeten werden. Zudem teilte er mit, dass nach neuen Berechnungen das marode Lager erst 2020 endgültig aufgegeben werden müsse - sechs Jahre später als gedacht.

Solche Vorhersagen seien keine gesicherten Erkenntnisse, sagte. hingegen eine Sprecherin des niedersächsischen Umweltministeriums. In das Bergwerk waren bis Ende der 1970er Jahre 126.000 Fässer mit radioaktivem Müll eingelagert worden. Seit Jahrzehnten strömen große Mengen Wasser ein.

Rheinpfalz vom 31.1.09



## **Biblis Block A wegen Revision abgeschaltet**

Aus Hessen wird es für mehrere Monate keinen Atomstrom mehr geben: Der Kraftwerksblock A im hessischen Atomkraftwerk Biblis ist am Freitag für eine mehrmonatige Revision abgeschaltet worden. Die Arbeiten an Deutschlands ältestem aktiven Meiler - Baujahr 1974 - können nach Angaben des Kraftwerksbetreibers RWE bis in den September dauern. Der 1976 fertiggestellte Block B ist bereits im Januar turnusgemäß zur Inspektion und Nachrüstung vom Netz genommen worden. Kritiker werfen dem Betreiber RWE vor, die Revisionsarbeiten absichtlich hinauszuzögern und damit auf Zeit zu spielen.

Rheinpfalz vom 28.2.09

## **Atommüll: Grünes Licht für Verglasung**

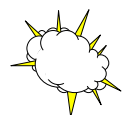
Für die Verglasung von hoch radioaktiven Flüssigabfällen aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) ist der Weg frei. Wie die Stuttgarter Umweltministerin Gönner (CDU) gestern mitteilte, hat das Bundesamt für Strahlenschutz die entsprechende Genehmigung erteilt. Dabei geht es um radioaktive Flüssigkeiten aus der Betriebszeit der WAK von 1971 bis 1990. Sie dürfen nun im Zwischenlager Nord bei Greifswald gelagert werden. Bisher sind sie in der WAK und sollen in der Verglasungseinrichtung Karlsruhe (VEK) in Glas eingeschmolzen werden, um sie endlagerfähig zu machen. Die Betreiber rechnen damit, dass die Verglasung bis Ende 2010 dauert.

Rheinpfalz vom 25.2.09

## **Atomlager soll nach Lothringen kommen**

Es wird immer wahrscheinlicher, dass in Lothringen ein Endlager für schwach radioaktiven Atommüll entsteht. Drei Gemeinden sind dafür offenbar in die engere Wahl gekommen. Allerdings soll das Lager nicht in Grenznähe entstehen.

Seit Monaten wird in Frankreich über den Standort eines Lagers für schwach radioaktiven Industriemüll diskutiert. Mehr als 3000 Kommunen wurden dafür von der Nationalen Agentur für die Behandlung radioaktiver Abfälle (Andra) ausgesucht. Die Bürgermeister konnten sich für den Standort bewerben. Nach Medienberichten sind drei lothringische Gemeinden in die engere Wahl gekommen. Allerdings soll es sich dabei nicht um Orte in der Nähe der Grenze zu Deutschland oder Luxemburg handeln. Zunächst kamen wohl auch Bouzonville, Saaregemuines und Freyning Merlebach nahe der saarländischen Grenze für das Atommüll-Lager infrage. Dort hat sich in den vergangenen Wochen jedoch reger Protest gegen ein solches Lager formiert. Auch das Dorf Montmédy im französisch-belgisch-luxemburgischen Dreiländereck wurde im Zusammenhang mit dem Lager genannt.



Die Andra, die im knapp 200 Kilometer von Trier entfernten lothringischen Bure ein unterirdisches Atommülllabor betreibt, hält den tonhaltigen Boden in Lothringen für am besten geeignet, um schwach radioaktiven Müll zu lagern. Daher gilt es auch als wahrscheinlich, dass Bure zum Endlager für den radioaktiven Abfall aus den französischen Atomkraftwerken wird. Nicht nur bei Umweltschützern wächst die Angst, dass die Region zum atomaren Mülleimer werden könnte.

Nun haben sich auch die Verantwortlichen des Naturparks Lothringen zu Wort gemeldet. Ein Atomlager schade dem Naturpark, der sich vom deutsch-luxemburgisch-französischen Dreiländereck bis zum Elsass erstreckt, heißt es einer Erklärung. Die Verantwortlichen kritisieren die Informationspolitik der Andra. Es gebe keine Diskussion über die Pläne, auch seien man bislang noch nicht offiziell informiert worden.

[www.volksfreund.de](http://www.volksfreund.de) , 7.2.09

## **Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub**

Der BUND Rheinland-Pfalz fordert verstärkte Bemühungen zur Luftreinhaltung in Rheinland-Pfalz. In den Großstädten seien im Januar die Grenzwerte für Feinstaub viel zu oft überschritten worden. So gab es aufgrund der anhaltenden Inversionswetterlage an der Messstation Koblenz – Hohenfelder Straße in 2009 schon 14 Überschreitungen des Grenzwertes für Feinstaub (PM<sub>10</sub>) von 50 µg/m<sup>3</sup> (im gesamten Jahr 2008 nur 5), in Ludwigshafen – Heinigstraße waren es 13 (in 2008 14) und in Mainz – Parcusstraße 13 (in 2008 23).

„Die Bevölkerung von Mainz soll nun noch zusätzlich durch den Bau eines Kohlekraftwerkes belastet werden. Feinstaub- und Stickoxidemissionen werden bei Inversionswetterlagen weiterhin zunehmen.“ erklärt Dr. Bernhard Braun, Landesvorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz.

„Wir fordern die Landesregierung auf, die Luftreinhaltung als Aufgabe endlich ernst zu nehmen und die Städte zur Einrichtung von Umweltzonen zu veranlassen. Außerdem müssen neue Wege beschritten, beispielsweise durch günstige Umwelttickets für Busse und Bahn bei Inversionswetterlagen,“ so Braun weiter. „Der Bau neuer Kohlekraftwerke in Mainz und Mannheim führt zu einer erhöhten Belastung der Bevölkerung in den Ballungsgebieten von Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung scheint dabei ihre Vorsorgepflicht völlig zu vergessen.“

BUND-Presseinformation vom 30. Januar 2009

